

# WIDER|SPRUCH

In: Widerspruch Nr. 36 Perspektiven postnationaler Demokratie (2001), S. 56-89

Bücher zum Thema

Rezensionen

## Besprechungen

## Bücher zum Thema

Gabriele Abels, Stefanie Sifft (Hg)

### **Demokratie als Projekt.**

Feministische Kritik an der Universalisierung einer Herrschaftsform.

Frankfurt/New York 1999 (Campus), brosch., 276 S., 49.- DM.

Der vorliegende Sammelband ist aus dem Panel „Demokratie – eine Kultur auch für Frauen“ des Arbeitskreises „Politik und Geschlecht“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft 1997 hervorgegangen. Die Herausgeberinnen haben sich zum Ziel gesetzt, aus feministischer Sicht eine politische Theorie zu entwickeln, die Demokratie nicht nur als „regulative Idee“ und zu universalisierende Herrschaftsform auffasst (12), sondern auch als politische Beteiligungsform für eine geschlechter- und sozialgerechte Gesellschaftsform. Der Staatskepsis vieler feministischer Demokratietheorien widersprechen *Gabriele Abels* und *Stefanie Sifft* mit einer kontextualisierten Staats- und Demokratietheorie, die die Interdependenz von staatlichem Handeln, Demokratie sowie Gender- und

Klassenverhältnis im Zeitalter der Globalisierung und Neoliberalisierung thematisiert. Geographisch erstrecken sich die Beiträge auf Frankreich und die USA, Lateinamerika, Deutschland, Russland, die Türkei und Südafrika. In keinem dieser Länder partizipieren Frauen gleichberechtigt an der politischen Macht.

*Georgina Waylen* sowie *Donna Punkhurst* und *Jenny Pearce* gehen der Frage nach, ob Demokratisierung ein egalitäres Projekt ist. Sie zeigen anhand der Transitionsprozesse in der „Dritten Welt“, dass Frauen zwar in der Phase der Transition von der Diktatur zur Demokratie eine Rolle spielen können, aber in der Phase der Konsolidierung nicht unbedingt von ihrem politischen Engagement profitieren. Die Institutionalisierung der Demokratie führt also nicht notwendig zur Demokratisierung gesellschaftlicher Machtverhältnisse.

Zum Thema „Staat als feministisches Projekt“ stellt *Birgit Sauer* einen neo-institutionalistischen Ansatz vor, der die „blockierende Frontstellung, ‚Autonomie versus Institution‘“ überwindet und danach fragt, „wie der

Staat und seine Agenten Frauenpolitik und Feminismus konstruieren“ (80). Sie entlarvt die vermeintliche Neutralität der Bürokratie als „verschälichten Maskulinismus“ (88). Feministische Politik muss im Zeitalter der Demokratisierung die soziale Frage berücksichtigen und die Kategorien Klasse, Ethnie und Kultur politisieren. Dies sind Ziele, die politischer Regulierung bedürfen.

*Dorothy McBride Stetson* und *Amy Mazur* untersuchen den Beitrag frauenpolitischer Behörden in den USA und Frankreich und kommen zu dem Schluss, dass trotz nationaler Unterschiede staatliche Behörden zur Demokratisierung der Demokratie beitragen können (128). *Susanne Zwingel* beschreibt die Entwicklung der oppositionellen Frauenbewegung Chiles seit dem Militärputsch 1973 von Schweigemärschen gegen Menschenrechtsverletzungen zu Basisökonomiegruppen der 80er Jahre und untersucht die Handlungsmöglichkeiten des 1991 per Gesetz gegründeten chilenischen Frauendienstes SERNAM (Servicio Nacional de la Mujer). An SERNAM zeigt sich die kulturelle und Sozialisationsbedingtheit von Gender, insbesondere der Einfluss der katholischen Kirche und rechtsnationaler Kräfte. SERNAM ist, so Zwingel, „Ausdruck und Fortschreibung“ klassenspezifischer Herrschaftsverhältnisse (150) und so demokratisch wie der Staat, der es kreiert hat.

Die geringe politische Beteiligung von Frauen in Russland und vorher in der SU begründet *Susanne Kraatz* mit dem „frauenfeindlichen Nominierungsverhalten“ aller russischer Parteien und der egalitätsfeindlichen politischen Kultur Russlands. Die neue russische Frauenbewegung ist

primär eine Transformationsbewegung, die dem Systemwandel gerecht zu werden versucht und wie einst die Menschenrechtsbewegung in der SU problemspezifisch und bisweilen unkonventionell operiert. Insgesamt, so Kraatz, ist der russische Staat Frauen gegenüber offener als die Parteien, auch wenn die Implementation von Frauenpolitik hinkt.

*Gabriele Wilde* befasst sich mit der „Konstruktion des Weiblichen durch den bundesdeutschen Rechtsstaat“. Das Recht formuliert nicht etwa die politische und ökonomische StaatsbürgerInnenschaft, sondern definiert Frauen mittels des Eheprivilegs als Geschlechtsbürgerinnen und entlässt sie in die verfassungsrechtlich geschützte, öffentlich bedeutsame Privatheit der Familie. Wildes Konklusion ist, dass gerade in der „Politisierung der familialen Privatheit“ (203) für Frauen die Chance liegt, sich vom Rechtsobjekt zum Rechtssubjekt mausern und politische Gleichheit eringen.

*Barbara Holland-Cunz* entwirft ausgehend von Carole Petersons Diktum „we do learn to participate by participating“ das Modell einer herrschaftsfreien feministischen Theorie der Demokratie als nach innen und außen herrschaftskritische, partizipatorische, direkte, diskursive und bindungsorientierte, d.h. Gemeinschaftsstiftung prozessual erfassende Herrschaftsform, welche sich gegen alle Formen politischer Exklusion wendet und sich die Frauenbefreiung zum Ziel gesetzt hat.

*Yesim Arat* zeigt, wie Frauen in der Türkei seit dem Militärputsch 1980 gegenüber einem starken autokratischen Staat bürgerliche Rechte eingefordert und damit zum Liberalismus

und zur Demokratie beigetragen haben. Wie in Chile agierten Frauen nicht gegen Männer, sondern aus ihrer traditionellen Geschlechterrolle heraus als Mütter und Ehefrauen. Für Arat sind selbst Islamistinnen in dem Sinne liberal, dass sie durch ihr Engagement die Grenzen des Politischen erweiterten. Insbesondere Feministinnen haben mit ihren das Individuum betreffenden politischen Forderungen dem das Gemeinwohl definierenden, elitären kemalistischen Staat ein nicht dirigistisches interessenorientiertes Verständnis von Demokratie entgegengesetzt. Trotz konfligierender Interessen haben Frauen einen gemeinsamen öffentlichen Raum geschaffen

Den Zusammenhang von Klasse, Rasse und Gender und damit die Frage, wann, wie und welche Frauen am politischen Prozess partizipieren (269) stellen *Susanne Poetz-Nenburger* und *Inge Niehaus* am Beispiel Südafrikas dar. Zwar hat die ausgehandelte Transition vom Apartheitsregime zur Mehrparteiendemokratie Frauen formal demokratische Errungenschaften wie die verfassungsrechtlich garantierte Gleichstellung und die für Afrika höchste Rate an Parlamentarierinnen beschert, doch die Transition überdauernde Ungleichheiten bleiben bestehen. Real haben Frauen kaum Einfluss in klassischen Politikfeldern und auf kommunaler Ebene. Insgesamt ist es den Autorinnen gelungen durch die Verquickung von theoretischen und empirischen Arbeiten den problematischen Prozess der Demokratisierung aus feministischer Sicht darzustellen. Mit der Zuordnung von Demokratie und Institution, Klasse und Gender bleibt der praxeologische Bezug gewahrt. Der internationale Rahmen zeigt die

Problematik der Universalisierung von Demokratie und die durch den jeweiligen kulturellen und historischen Hintergrund von Gender bedingte Vielschichtigkeit der Thematik.

*Marianne Rosenfelder*

Thomas Assheuer/Werner A. Perger (Hg)

### **Was wird aus der Demokratie?**

Opladen 2000 (Leske + Budrich), 112 S., 19.80 DM.

Der Band enthält Beiträge namhafter Autoren, die von der ZEIT aufgefordert wurden, den Zustand der „liberalen Demokratie“ nach ihrem Triumph über den Sozialismus und unter den Bedingungen der Globalisierung zu analysieren.

Alle Autoren gehen von dem paradoxen Tatbestand aus, daß die sog. „liberale Demokratie“, verstanden als eine bestimmte Form politischer Herrschaft, just zu dem Zeitpunkt ihre Schuldigkeit getan zu haben scheint, an dem sie ihren weltweiten Siegeszug angetreten hat. An die Stelle der gewählten Repräsentanten, die den Kalten Krieg gewonnen haben, können jetzt die globalen Spieler selbst treten. Man bedarf der Politiker nicht mehr. Und die Beiträge unterscheiden sich vor allem dadurch, ob ihr Autor diesen „Verlust“ oder „Rückzug des Politischen“ gut und richtig findet oder nicht.

Eigenartigerweise scheint den Franzosen, denen man doch die Liebe zu ihrer unteilbaren Republik nachsagt, dieser Abschied am leichtesten zu fallen. Jedenfalls wollen sowohl *Alain Touraine*, Soziologe an der Pariser Ecole des Hautes Etudes Science Sociales, einer der Hochburgen des re-

publikanischen Geistes, als auch *Jean-Marie Guéhenno*, ehemals Planer der französischen Außenpolitik, Rousseaus *volonté général* verabschieden und diesen einigenden Willen durch eine Vielfalt miteinander konkurrierender Institutionen ersetzen. Die Idee der Demokratie, meint Touraine, sei neu zu bestimmen: nicht mehr soll „als böse (gelten), was dem Allgemeinwohl ... entgegensteht“ (51); vielmehr entwickle die Zivilgesellschaft selbst in Gestalt der Verbände, NGOs und Medien sich zu einer neuen Art von politischem Akteur. Im Zeitalter der Globalisierung gebe es nicht mehr die eine „gute Macht“, sondern viele Mächte. Das aber bedeutet, so Guéhenno: „die Grenzen zu verwischen, vielfältige Zugehörigkeiten zu organisieren, darüber hinaus aber auch das Gleichgewicht zu verändern zwischen den traditionellen politischen Institutionen ... und den Privatorganisationen“ (75). In dieses Loblied auf die Zivilgesellschaft stimmt zwar auch der unvermeidliche *Francis Fukuyama* ein; doch weist er wenigstens auf das moralisch-politische Problem hin, daß den liberalen Gesellschaften genau die „gemeinsamen Normen und Werte“ (25) fehlen, ohne die keine Gesellschaft bestehen könne – um dann seiner Zuversicht Ausdruck zu geben, daß die beiden Werte, Demokratie und Marktwirtschaft, alternativlos „Bestand haben bis weit ins nächste Millennium“ (26).

Skeptischer sind die anderen Autoren. So konstatiert der polnisch-englische Soziologe *Zygmunt Bauman* eine zunehmende Entpolitisierung des von ihm „*agora*“ genannten Raumes der öffentlichen Meinung, der in wachsendem Maße mit allerlei Privatem aufgefüllt werde. Den

Wendepunkt bezeichne ein Mittwochabend im Oktober 1983, als „eine gewisse Viviane vor Millionen von Fernsehzuschauern (verkündete), ihr Mann Michel leide an *Ejaculatio praecox*, und sie selbst habe, was nicht weiter überrascht, beim Geschlechtsverkehr noch nie Lust empfunden.“ (32) Seither korrespondiere die Machtlosigkeit des Politischen mit dem geilen Interesse am Privaten der Showstars, Politiker und anderer sog. „*celebrities*“. Es bedürfe, so Bauman resigniertes Fazit, „der Einsicht und des Mutes eines Alexander ...“, diesen Knoten zu durchschlagen.“ (33) – Was Bauman als Verfall der politischen Kultur beklagt, sieht der allgegenwärtige *Ulrich Beck* als ein politisches Problem: hinter der Beliebigkeit der von ihm so genannten „*Warum-Nicht-Gesellschaft*“ lauere drohend „die Sehnsucht nach neuer Einfachheit“ (49). Nachdem der Gerichtshof der Vernunft einmal abgeschafft wurde, können getrost die Uralt-Denkrezepte eines platten Naturalismus und eines kruden Nationalismus als postmoderne Rückkehr zu den Ursprüngen wiederbelebt werden. Für *Claus Offe* folgt daraus, daß aus der Nicht-Selbstverständlichkeit der Demokratie ein Mehr an Vertrauen in Institutionen des demokratischen Systems vonnöten sei.

Allen Vorurteilen zum Trotz macht sich einzig ein Engländer – dem man sonst ja keine besondere Disposition zum Mitleid nachsagt – systematisch Gedanken zu dem sozialen Problem der wachsenden wirtschaftlichen Ungerechtigkeit. *David Held*, Politologe an der London School of Economics, korreliert dem Verlust des Politischen eine globale Zunahme an Ungerechtigkeit. Um ihr entgegenzuwirken und nur minimal erscheinende Gerechtig-

keitsstandards durchzusetzen, bedürfe es weniger der Theorie als der politischen Macht. Das bedeutet – „behutsam und weniger behutsam“ (92): die Verankerung von Gesetzen zur Neugestaltung der Märkte, neue wirtschaftliche Koordinationsformen, Regulierungsmaßnahmen für die Finanzmärkte, Reduzierung der Schulden der Entwicklungsländer. Jedenfalls, so Held, sei, um die demokratischen Rechte und Pflichten durchzusetzen, nicht der viel gepriesene anpassungsfähige und flexible Bürger erforderlich, sondern ein „breiter internationaler Ansatz zur demokratischen Auseinandersetzung mit der wirtschaftlichen und finanziellen Globalisierung“ (91). Was das heißt, und wie eine solche Auseinandersetzung aussähe, läßt Held leider im Dunkeln.

So gibt der schmale Band, der vieles doch nur anreißt, einen guten ersten Einblick in die derzeitige Problemlage der Gesellschaftswissenschaften zwischen Verherrlichung, Anpassung und Protest.

*Alexander von Pechmann*

Benjamin R. Barber

### **Demokratie im Würgegriff.**

Kapitalismus und Fundamentalismus – eine unheilige Allianz, Frankfurt/Main 1999 (Fischer Tb., 311 S., 24.90 DM).

Der Autor stellt zwei Welten einander gegenüber, die er plakativ mit „McWorld“ und „Dschihad“ etikettiert – die Welt eines hemmungslosen und unbeschränkten Kapitalismus und die Welt einer rigorosen Abschottung der eigenen Lebens- und Ideenwelt gegen den Rest des Uni-

versums. Geeint werden diese beiden Antagonisten durch ihren gemeinsamen Interessens-Gegensatz zu den demokratischen Nationalstaaten.

Einen Beginn der Entwicklung von „McWorld“ sieht Barber in der Globalisierung der Wirtschaft. Die Nationalstaaten in der entwickelten Welt verlören zwangsweise ihre wirtschaftliche Autonomie – sofern sie sie denn je besessen haben. Damit sei der Weg frei für die „Global Player“, die mit den wirtschaftlichen, arbeitsrechtlichen und politischen Bedingungen in den verschiedenen Ländern spielen können. Die rasche Entwicklung des Dienstleistungssektors, die heute den der Warenproduktion bereits übersteigt, habe diese Entwicklung beschleunigt. Gerade auf diesen Gebieten, der Computer-Software wie der Kulturindustrie, verstärke der Prozess der Fusionierung zu monströsen Infotainment-Konzernen die Konzentration von Kapital und Macht rapide. Die Monopolisierung des ganzen Produktionsprozesses (Buch, Film, Video, Musik etc.) in den Händen weniger Konzerne mache „die Idee der Vielfalt zu einem schlechten Witz.“ Gesetzliche Einschränkungen in den einzelnen Nationalstaaten werden dabei zum lästigen Hindernis der Expansion der großen Konzerne. Unter „Dschihad“ faßt Barber griffig eine Vielzahl von gegen globale Vereinheitlichung und natürlich „McWorld“ gerichteter Strömungen zusammen. Das beginnt bei dem aggressiven Regionalismus in Europa, oft verbunden mit genereller Kritik an der pluralistischen Kultur der Moderne, und setzt sich im militanten Rechtsradikalismus in Deutschland fort. Der kriegerische Nationalismus in den Splitterstaaten Jugoslawiens und der ehemaligen Sowjetunion mit

seinen blutigen Folgen ist für Barber ebenfalls eine Ausprägung des Dschihad, der sich gegen die Nachbarn ebenso wie gegen „McWorld“ als Ganzes richtet.

Namensgeber für den Dschihad ist natürlich der islamische Fundamentalismus als die stärkste Strömung radikalen Partikularismus. Da die islamische Religion eng mit dem Staat verbunden ist, bleibt wenig Spielraum für säkulare Organisationsformen – und mithin auch moderne Demokratie. Dazu betrachtet der Islam heute die „westlichen Werte“, die Demokratie ebenso wie den Merkantilismus, als direkten Angriff auf die „heiligen Werte... (seines) Glaubens“ (214). Darüber hinaus stellt der Islam eine eigene Welt dar, die über eine eigene Tradition der Aufklärung verfügt. Da es in der islamischen Geschichte jedoch nie zu einer Trennung der weltlichen von der geistlichen Macht kam wie in Europa, tut sich die islamische Welt nach Einschätzung Barbers mit der Moderne besonders schwer. Auch in den USA findet Barber Formen des Dschihad – in biblischem Fundamentalismus, Rassismus und reaktionärem Bürgersinn. In der „spirituelle(n) Kargheit der Märkte“ sieht er eine Teilschuld von „McWorld“ am Dschihad, der bei aller Verneinung doch „die Seele... hütet“ (223).

Da sich der globale Kapitalismus derzeit kaum mit Aussicht auf Erfolg bekämpfen läßt, stellt sich für Barber die Frage, wie sich „Demokratie“ in dieser Welt sichern läßt. „Natürlich haben die Mandarine der Technik recht, wenn sie eine bessere Information und Kommunikation als Voraussetzung für eine Stärkung der Demokratie ansehen.“ (266) Die moderne Technik ermögliche mit Internet und

E-Mail tatsächlich auch eine bessere „horizontale“ Verbindung der Menschen untereinander. Im gleichen Maß wird jedoch der traditionelle Rahmen der Demokratie, der Nationalstaat, obsolet: er erweist sich nur noch als rückständiges Hindernis in einer weltumspannenden Kommunikationsgesellschaft, in der – zunächst einmal – alles geht (und der Einzelne daher auch über sehr wenig Schutz verfügt). Die Schaffung einer gemeinsamen „Öffentlichkeit“ in diesem „globalen Dorf“ betrachtet Barber als zentrale Aufgabe einer demokratischen Gesellschaft auf Weltebene. Dabei ist sich Barber bewußt, daß dieser Prozess historische Dimensionen hat wie die Schaffung der traditionellen nationalstaatlichen Demokratien. Eine „vorgefertigte Verfassung“ wird diesen Prozess bei einem „vom Stammesdenken zersetzte(n)“ und „von McWorld betäubte(n) Volk“ zumindest kurzfristig nicht voranbringen. Demokratie muß sich als „Lebensweise“ etablieren. Auch die heutigen Demokratien und ihr zynischer Umgang mit der Politik haben kaum wirklichen Vorbildcharakter.

Ein Vorschlag Barbers ist, demokratische Mechanismen auf lokaler und regionaler Ebene zu etablieren, um einerseits gegen den Dschihad, der ebenfalls auf dieser Ebene „sein Spiel treibt“ (285), eine eigene Form von Identität zu finden und auf der anderen Seite langfristig eine Perspektive gegen McWorld zu gewinnen. Dabei darf die Entwicklung der globalen Kommunikation keinesfalls allein in der Hand eines wildwuchernden Marktes liegen. Weiter bedürfen diese lokalen Gemeinschaften auch ihrer gemeinsamen weltweiten Organisation. Barber stellt sich einen Staatenbund als mögliche Organisationsform

vor, der Menschenrechte und Demokratie auf globaler Ebene garantieren soll.

Für Europa sieht Barber nicht in der „starrten Vertretung von Nationalstaaten und ihren Regierungen“ oder in den marktwirtschaftlichen Abhängigkeiten die demokratische Zukunft, sondern in „seiner Vertretung der Regionen“. In der Anbindung der Regionen an einen Staatenbund Europa sieht er die besseren Identifikationsmöglichkeiten für die Bürger. Für Krisenregionen (Bosnien, Haiti etc.) hingegen bestehen die Herausforderungen weniger in einer passenden Aufteilung oder Befriedung als vielmehr in der Demokratisierung.

Es finden sich eine Menge interessanter Ansätze in diesem Buch, das ein wenig durch die Polarisierung auf Dschihad versus McWorld und beide gegen die Demokratie verliert. Gedanken wie der an eine Demokratisierung durch die weltweite Kommunikation geistern schon von Beginn an durch die „Internet-Gemeinde“, unter der inzwischen jedoch eine gewisse Ernüchterung eingetreten ist. Dreh- und Angelpunkt ist – auch für Barber – der „mündige Bürger“, der bislang eine unerreichte Zielvorstellung blieb. Sicher ist lediglich, daß er – und sie – den Konsumanfechtungen der „McWorld“ ebenso selbstbewußt widerstehen soll wie den partikularen Ideologien des „Dschihad“, um souverän Entscheidungen treffen zu können

Percy Turtur

Ulrich Beck (Hg)

**Die Zukunft von Arbeit und Demokratie**, Frankfurt/Main 2000 (Suhrkamp), 446 S., 36.- DM.

Die französische Schriftstellerin Viviane Forrester löste 1996 noch Empörung mit ihrer These vom „Ende der Arbeit“ aus. Heute gehen eine Reihe prominenter deutscher Soziologen in diesem Suhrkamp-Band einen Schritt weiter und fragen sich, wie „nach dem Ende der Normarbeit die Gesellschaft der pluralen Tätigkeiten möglich wird.“

Die These vom endgültigen Ende der Vollbeschäftigung liegt allen Beiträgen des Bandes als Voraussetzung zugrunde. Die Entwicklung der Technologie, so das Argument, mache es möglich, mit immer weniger Arbeitskräften immer mehr zu produzieren. Das Warten auf wirtschaftliches Wachstum zur Lösung der Beschäftigungskrise wird vergeblich sein: Das Neuartige an der gegenwärtigen Situation ist, daß selbst in Zeiten des Aufschwungs Arbeitsplätze abgebaut werden.

Ein Anliegen des Bandes ist es, die zentrale Rolle der Arbeit in unserer Gesellschaft als sozial kontingent zu entlarven. Das tut *Christian Meier* mit Blick auf das Bild der Arbeit in der Antike. Zur Zeit der klassischen Polis galt Arbeit als des freien Mannes unwürdig. Arbeit war Mittel zum Zweck. Der Gedanke, der Arbeit in sich selbst einen Wert zuzuschreiben, wäre absurd erschienen.

Die Berliner-Initiative *Die glücklichen Arbeitslosen* weist zurecht auf die politisch befreiende Wirkung der „Kritik an der Arbeit“ hin. Sie denunziert die Erwartung der Gesellschaft, der Arbeitslose habe unglücklich zu sein, als zusätzlichen Repressionsmechanismus. Für sie gilt es, die Erpressungslogik zu durchbrechen nach der die, die noch Arbeit haben, Zufriedenheit heucheln müssen, und die Arbeitslo-

sen durch ihr Unglück das System affirmieren sollen. Die „glücklichen Arbeitslosen“ haben nur zu recht, wenn sie betonen: „Wenn der Arbeitslose unglücklich ist, so liegt das nicht daran, daß er keine Arbeit hat, sondern daran, daß er kein Geld hat“ (112). Die Einsicht, daß Arbeit kein Wert in sich ist und nicht die einzige legitime Begründung von Ansprüchen, ist zweifellos ein sinnvolles Korrektiv gegenüber bestimmten Ansichten im Diskurs der Arbeiterbewegung.

Welche Folgerungen aus der Kritik an der Überbewertung der Arbeit gezogen werden, wird mit von der eingenommenen gesellschaftstheoretischen Position bestimmt. In ihrer Gesellschaftsanalyse nehmen die Autoren des Bandes vieles als gegeben, was *Ulrich Beck* erstmals in „Risikogesellschaft“ formuliert hat. In seinem Einführungsbeitrag wendet Beck selbst seine Individualisierungsthese auf die Beschäftigungskrise an. Für Beck ist nicht nur die Zeit der Vollbeschäftigung unwiederbringlich vorbei. Durch fortschreitende Individualisierung verlieren Konzepte wie Familie und auch Klasse an Bedeutung. Beck beobachtet zwar, daß an die Stelle der lebenslangen Normarbeit mit sozialer Absicherung neben die Arbeitslosigkeit vielfältige Formen der flexiblen Unterbeschäftigung und prekären Beschäftigung treten, und er beschwört die Gefahr einer neofeudalen Dienstbotengesellschaft. Für ihn läßt sich diese Entwicklung aber nicht mehr mit den alten Paradigmen deuten: Ungleichheit ist zugleich radikalisiert und individualisiert; die Sozialstruktur dynamisiert sich: Armut wird heute „in Lebensabschnitte zerhackt und querverteilt“ (41).

In diesem theoretischen Kontext erschwert Individualisierung nicht nur die Mobilisierung und Solidarisierung des „Proletariats“; für Beck gibt es auch keine Interessensgegensätze mehr, an denen kollektiver Protest überhaupt ansetzen könnte. So neigt diese Analyse dazu, die strukturellen Determinanten sozialer Ungleichheiten zu unterschätzen. Man bräuchte nicht einmal zum Begriff „Produktionsmittel“ zu greifen, um daran zu erinnern, daß die Verteilung von ökonomischem und kulturellem Kapital nach wie vor eine reale Barriere für die Bewegung im sozialen Raum darstellt.

Die der Diagnose vom „Ende der Arbeit“ so naheliegende Verteilungsfrage wird in dem Band nicht gestellt. Daher besteht bei der bloßen Kritik an der herrschenden Arbeitsideologie die Gefahr, daß es bei der Forderung bleibt, die Situation subjektiv von unten umzudefinieren.

So werden aus radikalen Analysen enttäuschend zahme Schlüsse gezogen: *Heinz Bude* fordert in seinem Beitrag den „unternehmerischen Einzelnen“. In drei weiteren Aufsätzen untersuchen *Helmut Klages*, *Rolf Heinze* und *Heiner Keupp* das Potential für bürgerschaftliches Engagement unter Individualisierungsbedingungen. Beck propagiert sein Konzept der Bürgerarbeit. Sie ist für ihn freiwilliges, projektgebundenes Engagement in kooperativen Arbeitsformen, das materiell und nicht-materiell belohnt wird. Zwar wehrt Beck sich gegen eine Vereinnahmung seiner Arbeit von neoliberaler Seite. Solange aber die herrschenden (Eigentums-)verhältnisse nicht in Frage gestellt werden, wird die Abgrenzung der Bürgerarbeit vom Arbeitsdienst für Arbeitslose ein Problem bleiben.



Die Soziologie sollte sich nicht mit der Rolle begnügen, hinter der Ökonomie aufzuräumen. Wer angesichts der gegenwärtigen sozialen Polarisierung die Zukunft von Arbeit – und Demokratie! – im Ehrenamt sucht, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, selbst ein Stück in diese Richtung zu gehen.

*Monika Krause*

Pierre Bourdieu

**Gegenfeuer.** Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion, Konstanz 1998 (UVK éd. discours), 118 S., 18.- DM.

Die Sammlung von größtenteils bisher unveröffentlichten Aufsätzen Bourdieus aus den Jahren 1995 bis 1998, denen ein Interview von 1991 vorangestellt ist, stellt eine Streitschrift gegen den Neoliberalismus dar, wie er in Frankreich und vor allem in Deutschland grassiert (Modell Tietmeyer). Damit richtet sie sich vor allem gegen die Entwicklung eines geeinten Europas als eines Wirtschaftsraums, der weder kulturellen noch sozialen Bedürfnissen seiner Bewohner Rechnung trägt.

Der in Griechenland gehaltene Vortrag „*Der Mythos ‚Globalisierung‘ und der europäische Sozialstaat*“ richtet sich gegen die neoliberale Weltsicht und die aus ihr folgende Politik. Bourdieu beschäftigt sich zunächst mit der Art, wie die neoliberalen Dogmen durch die Medien in Umlauf gebracht wurden, bis sie sich als die einzig mögliche Weltsicht etablieren konnten – unangreifbar allein durch ihr ständige Allgegenwart und Unausweichlichkeit. Dies verbinde sich mit den Euphemismen einer Wirtschaftspolitik, die auch noch den schlimmsten so-

zialen Raubbau mit dem Mäntelchen einer kosmetischen Gesundheitskur behängt. Als Waffe gegen den Wohlfahrtsstaat wird auch das Schlagwort von der „Globalisierung“ eingesetzt, das meint, daß der kleinste gemeinsame Nenner staatlicher Regulierung der niedrigste soziale Standard innerhalb der beteiligten Staatengemeinschaft sein soll. Die in der neoliberalen Ära geschaffenen neuen Arbeitsplätze seien daher von minderer Qualität (Zeitarbeit, mangelnde soziale Absicherung, schlechte Entlohnung). Und die Globalisierung der Finanzmärkte, so Bourdieu, erzeugt keineswegs eine Nivellierung der Ökonomien in den verschiedenen Ländern, sondern gibt im Gegenteil den finanzstarken Ländern ein Herrschaftsinstrument über die ärmeren Länder in die Hand. Bourdieu wendet sich gegen einen solchen Rückzug des Staates aus allen sozialen Bereichen, der schließlich nur noch eine Kontroll- und Bestrafungsinstitution übriglasse. Er streitet für eine „Dialektik“ des Staates, der neben der Herrschaftsfunktion – und zum Teil gegen – auch als soziale Instanz auftritt, und schlägt eine Art „Bestandsgarantie“ vor, die den sozialen Standard jedes Mitgliedslandes garantieren und die Anhebung der Standards der anderen Länder fördern soll.

„Für einen neuen Internationalismus“ plädiert Bourdieu in einem in Frankfurt/Main gehaltenen Vortrag, in dem er gegen die Globalisierung der Finanzmärkte die sozialen Errungenschaften des letzten Jahrhunderts verteidigt, die für ihn „... zu den höchsten Errungenschaften der Zivilisation gehören.“ (68) Gegen das „Europa der Bankiers“ will er ein Europa ohne soziale Regression setzen. Bisher, so führt er an mehreren Beispielen aus,

war der europäische Zusammenschluß hauptsächlich von wirtschaftlichen Interessen getragen; soziale Belange waren höchstens am Rande (in „Anhängen“) vertreten. Dies habe über den Wettbewerb im Binnenmarkt Europas zu einer allgemeinen Nivellierung des sozialen Niveaus auf niedrigster Ebene geführt. Bourdieu will dagegen eine starke europaweite Gewerkschaftsbewegung setzen, deren wichtigste Forderung ein „Regressionsverbot“ sein müsse, das eine Herabsetzung des sozialen Niveaus in jedem einzelnen Land verhindert. Dies würde – über den Wettbewerb – eine Anhebung der sozialen Standards in den sozial weniger entwickelten Ländern bewirken.

Der Schlußaufsatz „*Der Neoliberalismus. Eine Utopie grenzenloser Ausbeutung wird Realität*“ holt noch einmal zum großen Rundumschlag gegen den Neoliberalismus aus. Bourdieu stellt fest, daß die dahinter stehende ökonomische Theorie eine bloße „mathematische Fiktion“ sei: eine Gesellschaftstheorie, die sich auf bloße Kosten-Nutzen-Berechnung gründet. Diese „geschichtsvergessene“ Theorie mache sich immun gegen alle Kritik, indem sie den Diskurs bestimmt: wissenschaftlich, indem sie die Kriterien für ihre „Wahrheit“ selbst aufstellt; gesellschaftlich, indem sie über ihre Monopole in den Medien und in der Kulturindustrie die Themen und die Art der öffentlichen Diskussion bestimmt. Der Neoliberalismus wirke zerstörerisch auf alle gemeinschaftlichen Anstrengungen; für ihn gebe es nur Individuen, Atome; Kollektive kommen in seiner Theorie nicht vor. Auf diese Weise könne er sich als übergreifender Sachzwang gegenüber allen Gruppen und Gemeinschaften durchsetzen, die ihm nur als beliebige

Einzelinteressen gelten. Die strukturelle Gewalt der unsicheren, schlechtbezahlten Arbeit ohne soziale Absicherung erscheint so als eine Notwendigkeit der ökonomischen „Theorie“. Im Kampf gegen diese Theorie und ihre sozialen Folgen hofft Bourdieu auch auf Residuen bürgerlichen Denkens.

Alles in allem bietet das Buch eine interessante Sammlung von Aufsätzen zu den Themen „Europa“ und „Globalisierung“. Der leicht verschobene Blickwinkel aus deutscher Sicht und die etwas andere staatliche und gesellschaftliche Tradition des Citoyen in Frankreich macht diese Aufsätze spannungsvoll. Bourdieu stellt gegen das „Europa der Märkte“ ein „Europa der Menschen“, in dem es sich gut leben läßt. Dieses Europa müßte getragen werden von den Leuten – den Arbeitern und Angestellten, wobei die Intellektuellen innerhalb dieser Schicht ihre Funktion als Vordenker zu übernehmen hätten. Leider sind in der Realität die Ansätze zur Verwirklichung eines solchen Traumes, der hart erkämpft werden müßte, kaum zu finden.

Percy Turtur

Hauke Brunkhorst/Matthias Kettner (Hg)

### **Globalisierung und Demokratie.**

Wirtschaft, Recht, Medien, Frankfurt/Main 2000 (Suhrkamp), 416 S., 28.90 DM.

Der von H. Brunkhorst und M. Kettner herausgegebene Band versammelt Beiträge von Soziologen, Philosophen, Juristen und Medienwissenschaftlern zu den politischen und sozialen Veränderungen im Zuge

der Globalisierung. Der erste Teil behandelt das Verhältnis von „Demokratie und Markt“, der zweite das von „Politik und Recht“ und der dritte das von „Medien und Öffentlichkeit“.

In der Einleitung skizzieren die Herausgeber das zentrale Problem: die Frage nach der Verfassung der einen Gesellschaft, die es „nach dem Zusammenbruch des letzten Imperiums im Jahre 1989 gibt“ (7). Waren die Energien der kapitalistischen Gesellschaft bislang durch die nationalstaatlichen Verfassungen, durch nationales Recht und nationale Politik, geregelt und auch gezügelt, so scheinen auf dem Weg der Globalisierung diese nationalstaatlichen Bindungen den gesellschaftlichen Verhältnissen nicht mehr zu entsprechen. Der Bourgeois, von dem Marx und Engels schon im „Kommunistischen Manifest“ festgestellt hatten, daß sein Ort nicht die Nation, sondern der Weltmarkt sei, hat sich offenbar endgültig vom citoyen, vom politischen Bürger, emanzipiert. Damit aber stelle sich die Frage nach einer „dritten demokratischen Transformation“ (9), die nach der stadtstaatlichen in der Antike und der nationalstaatlichen in der Neuzeit sich „nur noch auf die Verfassung der Weltgesellschaft richten kann.“ (10) Läßt sich also – in Marxschen Kategorien – ein „ideeller Gesamtkapitalist“ denken und vorstellen, der nicht mehr die, allemal partikulare, Nation zur Voraussetzung hat, sondern der in der Tat eine *volonté général* ist?

Unternimmt man den Versuch, die insgesamt 14 Beiträge zum Thema auf einen Nenner zu bringen, so schält sich für den Rezensenten ein – unausgetragener – Streit zwischen zwei Lagern heraus: auf der einen Sei-

te diejenigen Gesellschaftswissenschaftler, die – ganz „historisch materialistisch“ – im Staat, in den rechtlichen und politischen Institutionen, bloß den Überbau der Produktionsverhältnisse sehen und, implizit oder explizit, verlangen, daß diese Institutionen sich den neuen Verhältnissen einer globalen Ökonomie anpassen sollen. Diese Auffassung vertritt insbesondere der Institutionenökonom *Ingo Pies*, der in der derzeitigen Globalisierungsdebatte eine „Veranstaltung gesellschaftlicher Angstkommunikation“ (84) erkennt, die „mittelalterliche, d.h. dezidiert antimoderne Konnotationen mit sich führt“ (85). Diese müsse „im Vorwärtsgang“ (85) überwunden werden: unter den radikal veränderten Bedingungen sei „durch eine Reform der überkommenen institutionellen Arrangements Anreizkompatibilität (wieder-)herzustellen.“ (84) Insbesondere die Sozialpolitik dürfe nicht gegen, sondern müsse *für* den Markt organisiert werden. Dies gelte für die entwickelten wie die unterentwickelten Länder, weil alle sich massiv schädigen würden, wollten sie den Globalisierungsprozess nicht für eine koordinierte Anpassung des rechtlichen Überbaus an die Basis, so löst der Rechtssoziologe *Gunther Teubner* das eine Recht in eine bunte-heitere Vielheit von Rechten auf. Hierzu dekonstruiert er es zuerst mit Derrida: letztlich sei das Recht nichts als die willkürliche, autoritative Setzung einer Differenz; und daher müsse es, mit Luhmann, als eine autopoietische Leistung angesehen werden, die unter Globalisierungsbedingungen zu einem komplexen und undurchschaubaren Netz selbsterzeugter juristischer Subsysteme geworden sei. An

die Stelle eines hierarchischen Systems des öffentlichen Rechts sei ein anarchischer Pluralismus des globalen Privatrechts getreten. Und *Martin Woessler* erneuert – wohl unwissentlich – die Marx'schen These, wonach heute das Internet die „schwere Artillerie“ sei, mit der die Bourgeoisie „alle chinesischen Mauern in den Grund schießt“ (Marx), und so auch den Chinesen das westliche Doppel-Pack „Menschenrechte und Demokratie“ bringen werde.

Auf der anderen Seite stehen die Gesellschaftstheoretiker, die – ganz „idealistisch“ – an Gerechtigkeit, Solidarität und Demokratie als Grundwerten festhalten und die das Politische als eine eigenständige Sphäre begreifen. Sie nehmen den Globalisierungsprozeß nicht einfach als gegeben hin, sondern wollen Tendenzen beurteilen und, wenn möglich, politisch steuern. Während die ersteren zeitgeistkonform Bremsklötze beseitigen wollen, haben diese beträchtliche theoretische Schwierigkeiten, nicht nur jene Grundwerte normativ zu begründen, sondern auch plausibel zu machen, wie unter den Globalisierungsbedingungen zur Politik zurückgekehrt werden kann. Erscheinen doch, wie *Dirk Messner* einräumt, „Verteidiger sozialstaatlicher Prinzipien ... zuweilen als altbackene Schwärmer“ (98). Den meisten Autoren scheint es daher das Beste zu sein, die Sozialpolitik der Wirtschaft gleichsam ‚anzudienen‘: nicht nur als Fundament der Demokratie, sondern als Vorteil im globalen Wettbewerb um den besten Standort. Für sie bleibt daher der demokratische Nationalstaat als „Rahmen für politische Konsens- und gesellschaftliche Kompromißbildung“ (120) unverzichtbar. Aber dieser Staat, so Mess-

ner, sei nicht mehr die souveräne Steuerungsinstanz, sondern der „Schnittstellen- und Interdependenzmanager“ (121).

Auf das postnationale Demokratieproblem weist *Christoph Gusy* exemplarisch anhand der Europäischen Union hin: es bestehe in der Paradoxie, daß der Zusammenschluß von demokratisch organisierten Staaten undemokratisch sei. Bislang habe eine funktionierende Demokratie die Nation vorausgesetzt; diese aber fehlt in postnationalen Systemen. Für Gusy folgt daraus, daß ohne ein „Mindestmaß an politischer Integration und kollektiver Identifikation mit der Institution“ (148) Europa keine Demokratiefähigkeit entwickeln könne.

Auf die ‚gute Seite‘ der Globalisierung weist *Allan Rosas* hin, der so etwas wie ein „universales Weltbewusstsein“ entstehen sieht, welches das Projekt eines „globalen Konstitutionalismus“, einer „universalen „Bill of Rights“ (174) ermögliche, die Menschenrechte nicht nur proklamiert, sondern auch garantiert. Für *Hauke Brunkhorst* ist ein solcher Menschenrechtskatalog jedoch zu wenig. Während für die einen die Durchsetzung von freiem Markt und Pluralität die Lösung ist, ist sie für ihn das Problem selbst. Denn wenn man nicht hinter die geschichtlichen Leistungen des Nationalstaats zurückfallen wolle, so fordert die Globalisierung sowohl die „verlässliche Erzwingbarkeit und demokratische Legitimation des globalen Weltrechts“ als auch eine „politisch-rechtliche Steuerung des sozial desaströs und krisenhaft expandierenden Finanzkapitalismus“ (284). Dafür aber sei eine entstaatlichte Zivilgesellschaft wie auch ein polykontexturales, autopoietisches Weltsystem viel zu schwach. Wolle man sol-

cher Art Solidaritätsprobleme einlösen, mit denen der Nationalstaat recht und schlecht fertig geworden sei, so bedürfe es der „Erzwingungsmaßstäbe“ (Weber) sowie einer „lückenlosen demokratischen Legitimationskette“ (286). Für eine solche effektive demokratische Verfaßtheit der einen Weltgesellschaft aber, so Brunkhorst resigniertes Fazit, „gibt es bislang noch nicht einmal eine brauchbare Theorie“ (286).

*Alexander von Pechmann*

Christoph Deutschmann

**Die Verheissung des absoluten Reichtums.** Zur religiösen Natur des Kapitalismus, Frankfurt/Main 1999 (Campus-Verlag), 39.80 DM.

Mit der klassischen Soziologie und konträr zu neueren gesellschaftswissenschaftlichen Strömungen versucht Christoph Deutschmann, ehemaliger Mitarbeiter am Frankfurter Institut für Sozialforschung und gegenwärtig Professor für Soziologie in Tübingen, die religiösen Dimensionen des Kapitalismus auszuloten, wie sie sich heutzutage vornehmlich in der neoliberalen Wirtschaftsdoktrin artikulieren.

Hierbei vertritt Deutschmann die These, daß in der klassischen Gesellschaftstheorie, wie etwa in den Werken von Georg Simmel und von Karl Marx, dem Geld Bestimmungen zuteil wurden, welche die aktuelleren soziologischen Richtungen seit Parsons ignorieren oder als Prämissen stillschweigend akzeptieren, ohne daß diese bei der Analyse der gesellschaftlichen Prozesse eigens problematisiert werden.

Gleichzeitig soll gezeigt werden, daß etwa bei der Luhmannschen Religi-

onssoziologie diejenigen Desiderata, die Luhmann für die Religion reserviert hält, die Transformation unbestimmbarer in bestimmte Komplexität, in Wahrheit die der Wirtschaft sind.

Weiterhin wird mit Walter Benjamin der Versuch unternommen, das Geld – vor allem in der Gestalt des Kapitals, als sich selbst verwertender Wert – als Über-Religion und totale Utopie der gesellschaftlichen Gegenwart zu kennzeichnen, die vor allem in Gestalt des Finanzkapitals durch die globale Freisetzung der Marktkräfte einen ubiquitären, gottesgleichen Charakter angenommen hat, die fähig ist, sämtliche gesellschaftlichen Sphären und menschliche Bereiche zu durchdringen und seiner Funktionalität, die eben auf Profit ausgerichtet ist, unterzuordnen. Nach Deutschmann ist die aktuelle Situation genau durch diese Hegemonie des Geldnexus über die Gesellschaft charakterisiert, der Denken, Wünschen, Handeln und die Lebensäußerungen der Menschen bestimmt und zu seinen Variablen macht.

Sämtliche Themen der soziologischen Postmoderne wie „individuelle Autonomie, Ästhetisierung des Lebensstils, reflexive Verflüssigung von Traditionen und Normen, Substitution vorgefundener durch selbstgewählte soziale Beziehung“ (25) finden sich den Ausführungen Deutschmanns zufolge bereits in der klassischen Soziologie, in den Arbeiten Simmels und Marx', mit dem Unterschied, daß diese das Geld in die Analyse explizit mit einbezogen haben.

Bei ihnen finden sich die dreifache Bestimmung des Geldes als wirtschaftliches Tauschmittel, als soziale Beziehung (also Verhältnis der Menschen zueinander) und als diese Ver-

hältnisse prägende und konstituierende Struktur. Vor allem die letzten beiden Modi sind durchaus in den gesellschaftlichen Tendenzen gegenwärtig, welche die „reflexive Moderne“ momentan zu bezeichnen scheinen: Einerseits gibt es eine wachsende Differenzierung der Gesellschaft in Teilsysteme und eine relative Verselbständigung dieser Partialbereiche sowie eine wachsende Auflösung von vormodernen und persönlichen Bindungen, andererseits werden diese Teilbereiche immer stärker in die ökonomischen Prozesse und deren Eigenlogik hineingerissen, die jene Menschen und Gruppen immer stärker privilegiert, die Geld nicht nur als Zahlungsmittel zur Gewährleistung ihrer Subsistenz, sondern auch als Vermögen d.h. zur Vermehrung von Profiten einsetzen können.

Dementsprechend entgeht der Soziologie in der Tradition von Talcott Parsons, die das Geld im Anschluß an die neoklassische Ökonomie auf die erste Bestimmung, die Vermittlungsform im Gütertausch reduziert, die zunehmende Asymmetrie des Verhältnisses von Wirtschaft und Gesellschaft.

Auch Niklas Luhmann, der das Geld einzig als Mittel der Differenzierung von Wirtschaft und Gesellschaft interpretiert und somit ebenfalls nur auf seine Tauschmittelfunktion rekurriert, bleibt die dominierende Rolle der Ökonomie verschlossen. Gleichfalls aber kommt jenes Problem dessen Bewältigung Luhmann der Religion zuweisen möchte – die bereits erwähnte Transformation unbestimmter in bestimmte Komplexität – realiter der Wirtschaft zu, der Macht des Geldes, die heutzutage den Einfluß der Kirchen bei weitem übersteigt:

„Dieser Gedanke setzt eine Verschiebung der Aufmerksamkeit von der Tauschmittelfunktion des Geldes auf seine Vermögenseigenschaft voraus. Als Kapital greift Geld über den Tellerrand der faktisch am Markt angebotenen Güter, Leistungen und Ressourcen auf den Horizont des Handlungsmöglichen zu. Es umschließt das Positive wie das Negative, es initiiert Schöpfung wie Zerstörung und transformiert so in der Tat 'unbestimmbare' Komplexität in einen sinnhafter Bewältigung zugänglichen Prozeß. In der modernen Gesellschaft ist das als Kapital fungierende Geld das allgemeine Mittel, das aufgrund seiner Allgemeinheit seinen Mittelcharakter verliert. Es umfaßt alle Sinndimensionen der Wirklichkeit und ist auch in den nicht ausdrücklich als ‚wirtschaftlich‘ markierten Kommunikationen und Handlungen gegenwärtig, indem es die Ergebnisse alles Tuns unter den Druck einer aktuellen oder potentiellen Rekonvertierung in Geld setzt.“ (11)

Somit zeigen sich „pekuniäre Beziehungsketten und Verbindlichkeiten ... aufgrund der Allgegenwart des Geldes in der modernen Gesellschaft als noch weniger entrinnbar und hinterfragbar als es religiöse einst gewesen waren, erst recht als sie heute sind.“ (110)

Hiermit verdrängt die „Verheißung des absoluten Reichtums“ die Religion von ihrem Platz, sämtliche Attribute, die man früher dem lieben Gott, dem Absoluten, zugeschrieben hat, werden heutzutage dem Geld zuteil, und die Gier nach der im Geld gegenwärtigen privaten Verfügungsgewalt über gesellschaftlich produzierte Macht wird zum obersten Handlungsprinzip, das in sich selbst keine Grenzen kennt (was aber auch

heißt, daß sich die Menschen erst einmal, um den Verheißungen des Reichtums folgen zu können, dem Geld als „dem wahren Gemeinwesen“ (104) unterordnen müssen):

„Es ist das Charakteristikum der Kapitalform des Geldes, daß sie auf den Reichtum der Welt in einer Weise zugreift, die die Möglichkeitsform dieses Zugriffs nicht negiert, sondern durch den Rückfluß des Geldes erhält und erweitert. Das Geldvermögen regiert die Welt... Es umgreift die Modi der Aktualität und der Potentialität, des Positiven und des Negativen. Es ist wie Gott – mit dem Unterschied, daß es immer nur in quantitativ fixierter Form zur Verfügung steht. Dadurch begibt es sich einerseits in die Niederungen des Irdischen und kann individuell angeeignet werden, ist sich andererseits nie selbst genug und drängt auf seine Verwertung und Vermehrung.“ (108 f.)

„Daß sich hier wie bei allen großen Religionen viele berufen fühlen, aber – trotz Wohlfahrtsstaat – am Ende nur wenige auserwählt sind, hat der Macht dieser Verheißung noch kaum Abbruch tun können.“ (179). Für Deutschmann läßt sich auch aus der Perspektive der seit den 90er Jahren stattfindenden wirtschaftlichen Prozesse und der damit verbundenen gesellschaftlichen Entwicklungen, sowie der zunehmenden Hegemonialisierung neoliberaler Positionen schwerlich der realreligiöse Charakter des Geldes verleugnen, das aufgrund seiner Ubiquität die Überlegenheit der Vermögenden vor sozial schwachen Akteuren garantiert, wobei der Neoliberalismus „die Beweglichkeit des Geldes zum Maßstab für die Flexibilität des Menschen“ (168) macht, dementsprechend die Arbeitnehmer zum Unternehmer-ihrer-Selbst kürt (vgl.

166 f.) und Bedürftigkeit und Reichtum als sich selbst regulierende kybernetische Systeme noch tiefer in die Selbstwahrnehmung der Gesellschaft etablieren möchte.

Dies kann aber nicht nur für die Arbeitnehmer, sondern auch für die Unternehmer selbst auf Dauer kontraproduktiv sein, weil die Unternehmungsgesellschaft mit ihrer wachsenden Ausprägung die Tendenz hat – indem sie selbst zwar möglichst billige Arbeitskräfte braucht, andererseits aber auch auf gut ausgebildete, reflexionsfähige und leistungsbereite Lohnarbeit angewiesen ist – sich selbst zu erodieren.

Denn schließlich sind innovative, motivierte, kreative und geistig rege Leute, die sich über ihr Reproduktionsbedürfnis hinaus in den ökonomischen Prozeß einspeisen lassen, nicht auf einem sozialen Level zu haben, wo sich diese eigenverantwortlich mit nicht von ihnen selbst verschuldeten Misern bzw. deren Prävention herumschlagen und sich auf den Überlebenskampf konzentrieren müssen:

„Die Folgerung daraus ist, daß eine vollständig durch den Geldnexen durchdrungene ‘individualistische’ Gesellschaft ... keine ‘unternehmerische’ Gesellschaft sein kann. Weder kann sie über den kurzfristigen Utilitarismus und das Erlebnisbedürfnis hinausweisende Orientierungen und Motivationen erzeugen, noch stellt sie (von Vermögensbesitzern einmal abgesehen, der aber nur bei wenigen groß genug ist) den für unternehmerisches Handeln unentbehrlichen sozialen Rückhalt bereit.“ ... Die permanente Revolutionierung der wirtschaftlichen Struktur und der mit ihr verknüpften sozialen Verhältnisse, die der Unternehmer betreibt, schlägt am Ende auf ihn selbst zurück und er-

zeugt einen Zustand allgemeiner Unsicherheit, indem alles und zugleich nichts möglich ist. Die Selbstzerstörung des Kapitalismus geht folglich auf nichts anderes zurück als auf die Entfaltung einer in der Figur des Unternehmers selbst angelegten Paradoxie.“ (161 f.)

Seltsam bleibt dabei, daß selbst die deutschen Wirtschaftsbossen diese Dialektik in letzter Zeit wieder einmal entgangen ist; was aber das Lesevergnügen dieses sinnvollen, geistreichen, interessanten und nicht zuletzt über weite Strecken gut zu lesenden Buches nicht mindert.

Reinhard Jellen

Hans Eichel, Hilmar Hoffmann (Hg)  
**Ende des Staates – Anfang der Bürgergesellschaft.**

Über die Zukunft der sozialen Demokratie in Zeiten der Globalisierung (Hessen im Dialog/Römerberggespräche), Reinbek 1999 (Rowohlt), 254 S., 16,90 DM.

Anlässlich des 150. Jubiläums der demokratischen Revolution von 1848 wurden am 5. und 6. Juni 1998 von der hessischen Landesregierung und dem Kuratorium der Römerberggespräche 28 verschiedene Referenten aus den Reihen von Wissenschaft, Schriftstellerei, Publizistik, Jura, Theologie, Psychologie und Politik zu einem Kongress über die Entwicklungsfähigkeit des demokratischen Erbes in Europa geladen. Die über die im Zusammenhang mit der Globalisierung stehenden Themenkomplexe wie die Realisierungsmöglichkeiten der demokratischer Prinzipien von Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit sowie die Zukunft von Sozialstaat und Bürgergesellschaft gehaltenen

Vorträge liegen mit von Hans Eichel und Hilmar Hoffmann herausgegebenen, insgesamt wirklich erfreulichen Sammelband in schriftlicher Form vor.

Weitgehende Übereinstimmung wurde auf dem Forum in der Schilderung der *Phänomene* der aktuellen Globalisierungstendenzen und ihrer Auswirkungen auf Gesellschaft, Politik und Mensch sowie in der Anmahnung aktuellen Handlungsbedarfs an Politik und Bürgergesellschaft erzielt, während *Analyse* und *Therapieansätze* durchaus unterschiedlich ausfielen. Frankfurts Oberbürgermeisterin *Petra Roth* und der zu der Zeit amtierende hessische Ministerpräsident *Hans Eichel* beschäftigten sich in ihren Eröffnungsreden mit den ambivalenten Entwicklungstendenzen in der Globalisierung, wobei Eichel bei der Schilderung der aktuellen gesellschaftlichen Prozesse an die gesellschaftliche und politische Situation vor 1848 erinnert und auf jene Stellen im „Kommunistischen Manifest“ verweist, in denen bereits die Verdrängung der nationalen Industrie durch die internationale, die Universalisierung der Bedürfnisse, die Bildung eines Weltmarkts und die Individualisierung der Menschen prognostiziert wurden. Beide Redner mahnen eine politische Neubestimmung von Solidarität und das Engagement der Bürger an.

Der Münchner Soziologe *Ulrich Beck* macht in seinem Referat „Wie wird Demokratie im Zeitalter der Globalisierung möglich?“ sehr schön auf einen Tatbestand aufmerksam, der im Kosovo-Krieg in beinahe idealtypischer Form zu beobachten war: die selektive Wahrnehmung der universalen Menschenrechte und kosmopolitischer Positionen zur Legitimation



militärischer Aktionen. „Gerade weil das weltweite Einklagen von Grundrechten als hoch legitim und entsprechende militärische Interventionen als 'selbstlos' gelten, bleibt oft unerkannt, dass sie sich deswegen auf das wundervollste verquicken lassen mit den ältesten Zielen imperialer Weltpolitik.“ (54) Nach Beck nimmt die Gefahr militärischer Konflikte unter einem humanistischen Deckmäntelchen mit der Erosion der Nationalstaaten nicht ab, sondern zu: „Je erfolgreicher die Propheten des freien Weltmarkts global handeln – und damit national- und territorialstaatliche Strukturen ausgehöhlt werden –, desto größer wird die nun kosmopolitisch motivierte Bedrohung immer weiterer Teile der Weltbevölkerung durch 'humanitäre Interventionen' des Westens. In einem Weltsystem schwacher Staaten, wie es im Zuge neoliberaler Weltpolitik propagiert und geschaffen wird, steht einem imperialen Missbrauch der kosmopolitischen Mission nichts mehr im Wege.“ (55) Des weiteren macht Beck in seiner für ihn typischen, nicht unlauteren Weise auf die zumindest potentiell positiven Seiten des Globalisierungsprozesses aufmerksam und verweist darauf, dass diese allesamt durch den Ausbau staatlicher Strukturen in einem politisch geeinten Europa durch Weltbürgerparteien erstritten werden müssen.

Nicht Ideologie, sondern „höchst reale Tendenz“ ist die Globalisierung in dem besonders hervorzuhebenden Beitrag der Berliner Politologin *Birgit Mahnkopf*. Ihrer Meinung nach nimmt im Standortwettbewerb der Nationalstaaten, der den ‚Kampf der Systeme‘ abgelöst hat, der unmittelbare wirtschaftliche Wert der Sozialpolitik in

den Maßen ab, wie „die Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften mittleren Niveaus sinkt, ... eine wachsende Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften auf globalen Märkten befriedigt werden kann und ... der ebenfalls steigende Bedarf an gering qualifizierter Arbeit ... durch ein wachsendes Potential von ... Erwerbssuchenden befriedigt wird, die aufgrund der Perspektivlosigkeit am Arbeitsmarkt bereit sind, unterwertige Jobs anzunehmen.“ (111) Hinzu kommt, dass mit der wachsenden Weltmarktorientierung der Unternehmen der Beitrag staatlicher Sozialpolitik zur Stabilisierung der Konjunktur an Bedeutung verliert. Dem entsprechend schrumpft die Rolle des Staates auf die Sicherung marktdienlicher Serviceleistungen: die Bereitstellung und Vermittlung leistungswilligen und -fähigen Menschennaterials an die Wirtschaft, konforme Struktur Anpassungen sowie die währungspolitische Aufrechterhaltung von Konvergenzstandards. Wenn aber, so Mahnkopf, „die Politik ihre Fähigkeit einbüßt, auch *gegen* bestimmte Marktkräfte zu operieren, so bedeutet dies, dass gesellschaftsverändernde Zukunftsgestaltung auf eine Nebenfolge der Entscheidungen von 'unverfassten' ökonomischen Mächten zusammenschrumpft; die Entscheidungen selbst erscheinen als ökonomische Sachzwänge.“ (120) Diese Tendenz kann nach Mahnkopf nur entgegengewirkt werden, wenn NGO's die jeweiligen Institutionen und Parteien unter Druck setzen.

Dass nicht der Sozialstaat, sondern gerade der neoliberale Wettbewerbsstaat überwuchernde bürokratische Strukturen schafft, weil es „je mehr deregulierte Marktentfaltung, desto mehr Bürokratie zur Beherrschung

ihrer Konsequenzen“ (161) braucht ist die überraschende aber zutreffende conclusio aus dem Beitrag des Berliner Publizisten *Claus Koch*. Auf die mentalen Auswirkungen der Flexibilisierung auf die Lohnabhängigen, die ja die Zivilgesellschaft miterrichten sollen, macht der Vortrag des amerikanischen Soziologen *Richard Sennett* aufmerksam, während der hannoveranische Soziologe *Oskar Negt* darlegt, dass die positive Konnotation von Begriffen wie Globalisierung, Individualisierung, Flexibilisierung und Deregulierung daher rührt, „daß sie als Substanzbegriffe verwendet werden, deren zwiespältigen Interessenbezüge ausgeklammert sind.“ (200) Diese Substanzbegriffe müssten aufgesprengt und in ihre Funktions-teile zerlegt werden, um die völlig widersprechenden Seiten dieser Vorgänge augenscheinlich zu machen. Dass es um eine Bürgergesellschaft schlecht bestellt ist, wenn diese anstelle der Politik den Gesellschaftskarren aus dem Dreck ziehen soll, bildet den erfrischend realistisch-pessimistischen Tenor der Beiträge von *Herbert Leuninger* und *Horst-Eberhard Richter*, welche einen Sammelband abschließen, der einen guten Überblick über die gegenwärtige Debatte liefert, auch noch leicht zu lesen und nicht zuletzt erschwinglich ist.

*Reinhard Jellen*

Anthony Giddens

### **Der dritte Weg.**

Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Edition Zweite Moderne, Frankfurt/Main 1999 (Suhrkamp), 180 S., 29,80 DM.

Unter dem „dritten Weg“ versteht Giddens „eine Theorie und eine politische Praxis, mittels deren die Sozialdemokratie den grundlegenden Veränderungen in der Welt innerhalb der letzten zwei oder drei Jahrzehnte Rechnung trägt. Dies ist ein dritter Weg in dem Sinne eines Versuchs, über die Sozialdemokratie alten Stils wie den Neoliberalismus hinauszugelangen“ (38). Wie setzt Giddens diesen Anspruch um, z. B. beim Thema soziale Gerechtigkeit, die ein Hauptanliegen der Politik des „dritten Weges“ sein soll? Und wie soll das Verhältnis von Staat zu Bürgern, das zweite wichtige Thema des „dritten Weges“, aussehen?

Den von Margaret Thatcher praktizierten Neoliberalismus charakterisiert Giddens als Gleichgültigkeit gegenüber sozialer Ungleichheit oder sogar deren bewußte Hinnahme (23). Die alte Sozialdemokratie habe die negativen Folgen des Marktes über kollektive Lösungen durch staatliche Eingriffe in den sozialen und ökonomischen Bereich abmildern oder überwinden wollen (19). Dabei ging es um Schutz und Fürsorge, ohne der persönlichen Freiheit genug Raum zu lassen, greift Giddens rechte Kritik auf (132). Er beschreibt die neoliberale Position als von der Überzeugung geprägt, der Staat bedrohe die Freiheit des einzelnen. Daher werde ein schlanker Staat gefordert. In der alten Sozialdemokratie dominiere dagegen der Staat die Zivilgesellschaft.

Heute muß nach Giddens die traditionelle Hilfe für Arme durch ein Vorgehen ersetzt werden, das auf Netzwerke gegenseitiger Unterstützung, Selbsthilfe und die Schaffung von sozialem Kapital baue (129). Die alte Sozialdemokratie habe dazu geneigt, Rechte als unbedingte Ansprüche zu

behandeln. Dadurch seien Erwartungen festgeschrieben worden wie z. B. „wir haben Anspruch auf eine Rente, weil wir alt sind, unsere Beiträge gezahlt haben und andere sie vorher auch bekommen haben“. Ein solcher Stillstand sei schon an und für sich ein Zeichen der Notwendigkeit einer Reform (135). Die Förderung menschlicher Kreativität solle eine nachträgliche Umverteilung ersetzen: Investitionen in menschliches Kapital statt direkter Zahlungen, Sozialinvestitionsstaat statt Sozialstaat (137). „Keine Rechte ohne Pflichten“ weist Giddens als sein zentrales Motto einer neuen Politik aus. Mit zunehmender Individualisierung sollte eine Zunahme der Verpflichtung des einzelnen einhergehen, die Arbeitslosenunterstützung z. B. an die Pflicht zu aktiver Arbeitssuche gekoppelt sein. Der Gedanke, Menschen in schwieriger Lage nicht nur paternalistisch zu verwalten, sondern ihnen Hilfe zur Selbsthilfe anzubieten, wirkt überzeugend. Zu seinen Gunsten wird oft angeführt, diese Methode sei geeignet, die Würde der betroffenen Menschen besser zu wahren, als wenn sie nur Objekte von Zuwendungen seien. Wie Giddens aber selbst einräumt, haben problematische soziale Situationen strukturelle Ursachen. Wenn „eine hohe Rate von Unternehmensgründungen und -zusammenbrüchen charakteristisch für eine dynamische Wirtschaft ist“, schlägt sich das auch in Arbeitslosenzahlen nieder, trotz aller individuellen Kreativität. Daß auf dem Arbeitsmarkt die Machtposition von Arbeitgebern, -nehmern, großen und kleinen Unternehmen höchst unterschiedlich sind, hat auch Konsequenzen auf die Verteilung der Risiken, mit den negativen Folgen der

„dynamischen Wirtschaft“ konfrontiert zu sein. Sie werden vor allem den Marktteilnehmern aufgebürdet, die sich am wenigsten wehren können. Daraus zog die alte Sozialdemokratie den Schluß, daß staatliche Intervention zur Korrektur der Verteilung von Vorteilen und Lasten des Marktgeschehens notwendig sei.

Die von Giddens aufgegriffene Kritik, die Zivilgesellschaft sei vom Staat dominiert worden, läßt unberücksichtigt, daß wirtschaftliche Potenz auch zu Einfluß auf politischer und gesellschaftlicher Ebene führt. Er betrachtet Demokratie nur auf der formalen Ebene, auf der die Bürger als gleich gelten. Pikanterweise nimmt er an anderer Stelle die Interdependenzen von wirtschaftlicher und politischer Ebene sehr wohl zur Kenntnis, um zu formulieren „Der Wohlfahrtsstaat ist prinzipiell undemokratisch, denn er beruht auf einer Umverteilung der Mittel von oben nach unten“ (132).

Das Sozialsicherungssystem gerät immer dann unter Druck, wenn die Arbeitslosigkeit steigt“, hält der Autor fest (133). Seine Existenz wird somit vor allem dann in Frage gestellt, wenn es seinen Daseinszweck auch bei größeren gesellschaftlichen Umbrüchen erfüllen soll. Ob der von Giddens geforderte Wandel vom Sozial- zum Sozialinvestitionsstaat einen Ausweg aus diesem Dilemma darstellt, ist fraglich. Weist doch der Autor auf Beispiele hin, die belegen, daß aktive Arbeitsmarktpolitik nicht immer die Ausbreitung von Arbeitslosigkeit verhindern kann (133). Giddens gibt zudem ein Beispiel, daß die soziale Absicherung, die sich die Gesellschaft wegen der Globalisierung nicht mehr leisten könne, bei ihrer Einführung eher symbolischen Charakter gehabt hat. „Als die Pensions-

grenze das 'Alter' erstmals auf sechzig oder fünfundsechzig festlegte, war die Situation alter Menschen eine ganz andere als heute. 1900 betrug die durchschnittliche Lebenserwartung eines zwanzigjährigen Mannes in England nur zweihundsechzig“ (140). Während Giddens getreu dem Prinzip „Keine Rechte ohne Pflichten“ der Ausformulierung der Verpflichtungen von Menschen in sozial prekärer Lage einigen Raum widmet, erwähnt er nur kurz, daß auch wirtschaftlich Privilegierte (die von staatlich bereitgestellter Infrastruktur profitieren) in den gesellschaftlichen Zusammenhang einzubeziehen seien. Seine Bemerkungen, was man auf dem „dritten Weg“ unternehmen könnte, um deren Rückzug aus der gesellschaftlichen Verantwortung zu verhindern, setzen nicht auf Druck, sondern auf Überredung bzw. symbolische Maßnahmen. Angesprochen wird z. B. die Aktivierung eines kosmopolitischen Nationalbewußtseins, weil die Zugehörigkeit zu einer nationalen Gemeinschaft bewirken werde, daß man Verpflichtungen gegenüber den anderen Mitgliedern dieser Gemeinschaft akzeptiere.

Unklar ist, worauf Giddens seinen Optimismus stützt, das kosmopolitische Nationalgefühl würde Solidariätsbereitschaft bewirken. Daß sie durch Nationalgefühl allein nicht hervorgebracht wird, zeigten in der Vergangenheit die Arbeitskämpfe und die Notwendigkeit zu gesetzlichen Zwangsmaßnahmen für einen gesellschaftlichen Ausgleich. Wieso das in einer kosmopolitischen Variante von Nationalgefühl, wo politischer Zwang aus Rücksicht auf den Standortwettbewerb verworfen wird, anders sein soll, leuchtet nicht ein. Wahrscheinlicher scheint eine Szena-

rio, in dem Arme einander helfen müssen, arm zu sein. Denn aufgrund fehlender Ressourcen können sie staatlichem Zwang nicht durch internationale Mobilität ausweichen. Selbst wenn das kosmopolitische Nationalgefühl bei den bessergestellten Mitgliedern der Gesellschaft eine Bereitschaft zu Zuwendung an Schlechtergestellte wecken sollte, wären die Empfänger dann nicht wieder jenen passiven Objekte von Wohltätigkeit, die Giddens durch Mobilisierung ihrer Kreativität aus der Abhängigkeit der staatlich organisierten Wohlfahrt befreien will?

Im Verhältnis vom Staat zu den Bürgern setzt Giddens auf das Prinzip: Keine Entscheidungsmacht ohne demokratisches Verfahren. Heute stehe an, das Regieren an das globale Zeitalter anzupassen und Entscheidungsgewalt einschließlich der staatlichen Legitimität auf eine neue Grundlage zu stellen, unter Beteiligung aller (88). Eine Demokratisierung der Demokratie, die als erstes Dezentralisierung bedeute, könne sich nicht auf die lokale und nationale Ebene beschränken, der Staat müsse über eine kosmopolitische Perspektive verfügen. Sozialdemokraten sollten die Rolle der Nation in einer kosmopolitischen Welt dahingehend neu bestimmen, daß die Nation selbstbewußt genug sein müsse, um Einschränkungen der Souveränität zu akzeptieren.

Wohlklingende Forderungen, denen keine Vorschläge zur konkreten Umsetzung beigestellt sind. Dabei dürfte gerade die Umsetzung entscheiden, ob die Forderungen Worthülsen bleiben, die ein gegenüber heute noch vergrößertes Demokratiedefizit kaschieren sollen.

Giddens sieht seine Veränderungsvorschläge als Antwort auf einen Wertewandel. Er bezieht sich auf zwei Haupttrends: Die Verschiebung von sog. Knappheitswerten zu post-materialistischen Werten, wonach der Wunsch nach sinnvoller Arbeit die Einkommensmaximierung abgelöst habe. Dazu komme die Skepsis bezüglich traditioneller Autoritäten und eine Veränderung der Muster politische Gefolgschaft, so daß Wahlverhalten nicht länger der Klassenzugehörigkeit entspreche (33). Er verweist auf die Ablösung konventioneller Politik- und Regierungsarenen durch die sog. Subpolitik wie z. B. Bürgerinitiativen (67).

Daß Politik auf gewandelte Bedürfnisse neue Antworten finden muß, ist nachvollziehbar. Es müßte aber thematisiert werden, ob dieser Wertewandel alle erfaßt oder nur Globalisierungsgewinner. Damit wäre auch die Frage berührt, ob der geforderte Politikwandel nur partikuläre Interessen bedient.

Rekapituliert man, was z. B. Tony Blair und Gerhard Schröder als Politik des „dritten Weges“ praktizieren, kommt der Verdacht auf, es handele sich um alte neoliberale Politik mit einem neuen Aufkleber. Die Lektüre des Giddens-Buches legt nahe, dies liege nicht nur daran, daß sein theoretischer Ansatz im politischen Alltag verfälscht wurde. Vielmehr finden sich im Buch viele Passagen mit zeitgemäßen, also sich der neoliberalen Position annähernden Gemeinplätzen dazu, was derzeit in der Gesellschaftspolitik notwenig sei. „Wir sollten die in der Vergangenheit oft obsessive Fixierung auf Ungleichheit aufgeben und genau bedenken, worin Gleichheit besteht.“ (118). Mit Rücksicht auf einen immer noch gepfleg-

ten sozial(demokratisch)en Anspruch werden diesen Ausführung noch Formulierungen beige stellt wie „Menschen brauchen Schutz, wenn alles schiefgeht, ebenso materielle und moralische Unterstützung.“ (118). Zwischen diesen Äußerungen bleibt aber eine Lücke, wie er sich vorstellt, beide Anforderungen unter einen Hut zu bekommen. Dazu findet man nichts. So entsteht der Eindruck daß der „dritte Weg“ im Kern keine zeitgemäße Erneuerung der Mittel zur Verwirklichung des Anliegens der alten Sozialdemokratie nach sozialer Gerechtigkeit darstellt, sondern den Ausverkauf dieses Anliegens an den neoliberalen Zeitgeist.

*Jadwiga Adamiak*

Alain Lipietz

**Die große Transformation des 21. Jahrhunderts.** Ein Entwurf der Politischen Ökologie, Nachwort von F. O. Wolf, hg. mit der Heinrich-Böll-Stiftung, Münster 2000 (Westfälisches Dampfboot), 184 S., 29.80 DM.

Der ambitiöse Titel weckt hohe Erwartungen, nimmt er doch offenkundig Bezug auf Karl Polays Great Transformation, die den sozialen Kompromiß des 20. Jahrhunderts zum Gegenstand hatte. Was der Titel verspricht, vermag der Inhalt aber auch nicht annäherungsweise zu leisten. Wirft man jedoch den Blick voraus in das Nachwort, das der Übersetzer F. O. Wolf verfaßt hat, so verschiebt sich zumindest die Perspektive. Dort wird Lipietz als Linksintellektueller präsentiert, der zu den Wort-Führern der französischen Grünen zählt und dessen zahlreiche Schriften – einige in mehrere Spra-

chen übersetzt – Gewicht zukomme. Der deutschen Rezeption sei Lipietz dagegen noch ziemlich unzugänglich (was freilich nicht stimmt, wie der Blick ins Literatur-Verzeichnis belegt). Das Interesse des Übersetzers, der die deutschen Grünen fünf Jahre lang im Europa-Parlament vertreten hat, dürfte jedenfalls daher rühren, das hiesige Publikum mit dieser französischen Interpretation von politischer Ökologie vertraut zu machen und damit einen Beitrag zur Internationalisierung der Ökologie-Debatte zu leisten.

Diese wohlmeinende Intention verbessert allerdings nicht die Qualität des dünnen Werkes. Zunächst noch gespannt, wie Lipietz die im französischen Titel gestellte Frage ‚Qu’est-ce l’écologie politique?‘ angehen wird, ist der deutsche Leser schnell ernüchtert. Was der Autor zu sagen hat, ist erstaunlich wenig. In sechs Kapiteln stellt Lipietz seinen ‚Entwurf der politischen Ökologie‘ vor, der von überraschender Qualität ist; überraschend deshalb, weil in Deutschland wohl schon den Erstsemestern vertraut sein dürfte, was der französische Vordenker anbietet. Zu einem allerdings sehr geringen Teil handelt es sich dabei zwar um französische Besonderheiten, überwiegend aber werden Themen behandelt, die in der deutschen Diskussion vor zehn, teilweise schon vor zwanzig Jahren zum Allgemeingut zumindest der Interessierten und Engagierten zählten. Seit geraumer Zeit läßt sich beinahe alles, was Lipietz ausführt, an anderen Stellen besser und genauer nachlesen.

Zunächst versucht sich Lipietz an einer Bestimmung des Begriffs von Politischer Ökologie, die er in die Forderung einer nachhaltigen Entwicklung münden läßt. Doch

‚Nachhaltigkeit‘ ist spätestens seit der UNCED in Rio de Janeiro 1992 in aller Munde, und schon seit einigen Jahren gibt es Länder-Studien darüber, wie eine dauerhafte Entwicklung aussehen könnte. Der Autor beleuchtet dann die ethische Rechtfertigung ökologischen Engagements und untersucht die Gründe für die Entstehung ökologischer Parteien – zwanzig Jahre nachdem die Grünen sukzessive in die deutschen Parlamente einzogen. Anschließend skizziert er die Geschichte ökologischer Krisen, von den Anfängen bis in die Gegenwart, wobei das ‚Ozonloch‘ wie insbesondere die Erderwärmung durch den Treibhaus-Effekt als jüngste Objekte der Erkenntnis dargestellt werden. Immerhin erinnert die Argumentation irgendwie an die Marxsche Analyse, weil die gravierenden zeitgenössischen Gefährdungen, wie Lipietz sagt, durch die kapitalistischen Interessen der industriestaatlichen Demokratien verschuldet werden. Schließlich referiert (und problematisiert) Lipietz das Verursacher-Prinzip in der Umweltpolitik, das er sinnvoll gewahrt sieht durch die Vergabe handelbarer Verschmutzungs-Lizenzen – diese Diskussion ist ungefähr so alt wie die durch das ‚Umweltprogramm‘ von 1971 eingeleitete Politik der längst vergessenen sozial-liberalen Regierung.

Darf man also unterstellen, daß der Leser mit den Problemen vertraut ist, so stellt sich die – entscheidende – Frage, wie sich die zum Schutz der Biosphäre unabdingbaren Maßnahmen durchsetzen lassen. Dabei wird Lipietz – leider – vollmundig kleinlaut. In Anlehnung an Polanyi fordert er für das 21. Jahrhundert eine ‚new great transformation‘, welche die ökologische Verträglichkeit und die

soziale Gerechtigkeit zu einem Guß verschmilzt. Diese herkulische Aufgabe will der ‚radikale Reformler‘, als der sich Lipietz definiert, durch die ‚Zähmung‘ der Weltwirtschaft mit Hilfe von Regeln auf der internationalen Ebene vollbringen. Partner sollte der allen inhärente ‚Bürgersinn‘ sein, der vor allem in Europa auf der kommunalen Ebene wirksam sei. Da er andererseits jedoch nicht verkennt, daß die OECD-Länder, als die treibenden Kräfte der entregelnden Globalisierung durch das GATT bzw. die WTO, als Initiatoren einer sozial-ökologischen Transformation weitgehend ausfallen, muß als Ersatz der ‚Nord-Süd-Dialog von unten‘ dienen. Denn im Süden gebe es noch ‚die Völker der Dritten Welt, die indigenen Völker der Wälder und Berge, die Bauern der großen Exportplantagen, die Arbeiter der Elendsviertel.‘ ‚Der Nord-Süd-Dialog von unten, unter Gewerkschaften, unter Nichtregierungsorganisationen, wird die entscheidende Bedingung dafür sein, daß es gelingt, der Weltwirtschaft Regeln aufzuerlegen.‘ Mit Verlaub: Mehr als Spott können derartige Vorschläge nicht beanspruchen; der kapitalistischen Realität der globalen Umweltzerstörung und sozialen Destruktion haben sie jedenfalls nichts entgegensetzen. Sind derartige Vorstellungen mit einem verärgerten Achselzucken abzutun, so macht regelrecht zornig, wenn Lipietz dem Wirtschaftsliberalismus bescheinigt, niemals gewagt zu haben, eine Grenze zu überschreiten: ‚die Grenze der öffentlichen Gesundheit.‘ Eine Aussage dieser Qualität läßt sich nicht mehr korrigieren. Ein umfangreiches Nachwort bemüht sich Frieder O. Wolf mehrere Fliegen gleichzeitig zu fangen, in-

dem er seine eigene Sicht der ‚großen Transformation‘ darlegt. Diese Sicht hangelt sich irgendwie an dem entlang, was er meint interpretierend, ergänzend, Verständnis und Vertrauen schaffend zu und über Alain Lipietz sagen zu müssen. Das ist verdienstvoll vielleicht insoweit, als Lipietz hier nur in Kurzform zusammengetragen hat, was er andernorts ausführlicher darstellte. Damit stellt sich zugleich aber die Frage nach dem Bedarf an diesem Bändchen, der inhaltlich zumindest für den deutschen Leser nicht motiviert ist. Als einfache Antwort bietet sich an: Wer nichts anderes gelernt hat, als Bücher zu schreiben, der schreibt eben ein weiteres Buch; damit hält er das grüne Thema wenigstens irgendwie am Leben, das die rot-grüne Realo-Regierung allmählich erstickt. Die weniger einfache Antwort könnte sein, daß Autor und Co-Autor versuchen wollen, den so genannten realistischen Flügel der Grünen argumentativ zu stärken. Das allerdings ist so gründlich daneben gegangen, daß man den ‚radikalen Reformler‘ Lipietz neben den ‚brutalstmöglichen Aufklärer‘ Koch zu stellen geneigt ist. Und im Hintergrund erhebt sich die Wehklage des ‚Chors der Alten‘ aus der griechischen Tragödie: Oh ach, oh weh, ihr Unglücklichen, ihr Realos, was ist bloß aus euch geworden?

Am Ende eine Anmerkung, die sein muß: Die Übersetzung des Textes ist allenfalls mäßig, oft miß- oder unverständlich, weil der Übersetzer zu sehr am Wort klebt, statt am Sinn, an der Aussage. Die Lektorats-Leistung aber ist so schlecht, daß die Lektüre des Buches, insbesondere des unmäßigen Anmerkungs-Apparates, zum Ärgeris gerät.

*Bernd M. Malunat*

Christian Nürnberger

**Die Machtwirtschaft.** Ist die Demokratie noch zu retten?, München 1999 (Deutscher Taschenbuch Verlag), 278 S., 26.- DM.

Rasch und kontinuierlich häufen sich seit Mitte der 90er Jahre Publikationen, die die als Globalisierung bezeichneten Phänomene und insbesondere das Verhältnis von Ökonomie und Politik thematisieren. Bereits der Titel, den der ehemalige Theologiestudent Christian Nürnberger für sein Buch wählt, macht deutlich, wie der mittlerweile als freier Autor tätige Journalist dieses Verhältnis begreift: Die Shareholder nationaler Unternehmen und supranationaler Konzerne sowie ihre neoliberale Priesterschaft haben gegen die entmachteten Gewerkschaften und gegen die schwächelnden nationalen Demokratien immer leichteres Spiel. Die Gier der Vermögenden nach noch mehr Geld und ihre wachsende Macht führen dazu, daß sie die „faktische Nichtbesteuerung von Kapital und Vermögen“ durchsetzen und sich so aus der sozialen Verantwortung stellen. Die Konsequenz ist, daß die Nationalstaaten trotz der „ungerecht hohen Besteuerung des Arbeitseinkommens“ (69) an Geldmangel leiden, und daß die in der Verfassung fixierte soziale Komponente der Marktwirtschaft zunehmend liquidiert wird.

Hervorzuheben ist weniger diese häufig geäußerte Diagnose, die in flüssigem journalistischen Stil präsentiert wird, sondern Nürnbergers kausale Erklärung für die Übermacht der Wirtschaft: Der Übergang von der Industrie- zur Informationsgesellschaft bzw. die Entwicklung der In-

formationstechnologie – deren Geschichte im ersten Teil des Buches analysiert wird – erlaubt es den Shareholdern, die Regeln zu ihren Gunsten zu ändern (8 f.). Auch wenn diese These, die die technische Entwicklung als Ursache der sozioökonomischen begreift, sehr reduktionistisch anmutet, ist sie nicht gänzlich von der Hand zu weisen. Die Informationstechnologie erhöht die Macht der Shareholder etwa durch die mit ihr verknüpften Möglichkeiten, Arbeitsplätze schnell in großer Zahl wegzurationalisieren oder ins Ausland zu verlagern und weltweit zu vernetzen: „Über Computer und Glasfasernetze können jetzt Mammutkonzerne, die früher unlenkbar gewesen wären, mehrere hunderttausend über den ganzen Erdball verstreute Mitarbeiter steuern“ (157). Die unaufhörlich fusionierenden Weltkonzerne werden zu Megamächten, denen sowohl die verbleibenden Konkurrenten als auch die erpreßbaren nationalen Regierungen zunehmend weniger entgegenzusetzen können.

Auch die hohe Arbeitslosigkeit in Europa erklärt Nürnberger nicht, wie häufig zu hören ist, durch zu hohe Löhne oder Steuern, sondern primär durch die „verschlafene und darum fehlende informationstechnische Industrie“ (69). Dadurch müsse Europa IT-Produkte importieren, was in den U.S.A. oder in Asien Arbeitsplätze schaffe und bei uns vernichte. Hier wird die Schwäche von Nürnbergers Erklärungsansatz, sozioökonomische Entwicklungen weitgehend auf technische zu reduzieren, greifbar. Denn wie die Vielzahl der Neuemissionen am Neuen Markt der Frankfurter Börse und die Green Card Debatte zeigen, ist das Problem in Deutschland weniger die unterentwickelte IT-



Branche, wie Nürnberger unterstellt, sondern der Mangel an für sie qualifizierten Arbeitskräften.

Sehr schön demaskiert Nürnberger im zweiten Abschnitt seines Buches die „Cyberspace-Rhetorik“ der „Machtwirtschaft“, welche die Zustimmung zu der neuen Technik und den Absatz ihrer Produkte zu steigern versucht, indem sie sie zu jugendlichen Kult- und Lifestyleobjekten stilisiert. Der „1001mal mit der Maus“ klickende Netsurfer ist eben kein Sonne und Brandung genießender Weltenbummler, sondern „ein Stubenhocker, der vor einer Glotze sitzt und sich durch Texte, Bilder, quäkende Töne und Videos in Briefmarkengröße zappt“ (8 7f.). Fraglich ist nur, ob die mit der Informationstechnologie verknüpfte Rhetorik tatsächlich primär von der „Machtwirtschaft“ als ideologischem Manipulationszentrum generiert wird oder nicht vielmehr auch von den Benutzern an der Peripherie ausgeht.

Obwohl sich bei Nürnberger ein überwiegend instrumentelles Verständnis der Technik aufweisen läßt, begreift er die Informationstechnologie als ein stärker zur Aggression und Menschenfeindlichkeit als zur Friedfertigkeit und Menschenfreundlichkeit tendierendes militärisches Produkt (79 f.). Nicht nur Regierungen, Geheimdienste und Behörden, sondern auch viele Arbeitgeber benutzen sie verstärkt zur Überwachung und Kontrolle der Menschen. Damit ist – man denke etwa an das globale Überwachungssystem Echelon – Orwells Vision des Großen Bruders partiell verwirklicht. Kurioserweise ist jedoch von ihr, worauf Nürnberger hinweist, in der öffentlichen Debatte kaum mehr die Rede (84 f.).

Die Informationstechnologie kann für ihn aber auch in Form von vernetzten PCs mit dem Betriebssystem Linux zur Befreiungstechnologie und damit zum „Königsweg“ des Widerstands „gegen die Machtwirtschaft“ werden (259, 255). Diesen versucht Nürnberger im letzten Abschnitt seines erfrischend offenherzig geschriebenen Buches, das auch einige weniger realistisch anmutende Widerstandsvorschläge präsentiert, begehbar zu machen. Er besteht in der mindestens europaweiten politischen und ökonomischen Selbstorganisation einer größeren Anzahl von Menschen via Internet, die beispielsweise in einer konzertierten Aktion zur Öko-Bank oder zu einer noch zu gründenden Öko-Versicherung wechseln könnten. Der Widerstand zielt aber nicht auf Revolution, sondern auf die Bewahrung der sozialen Demokratie und ihrer Verfassung, die die Schwachen vor den Starken schützt. Zu diesem Zweck ist der sich als Moralist verstehende Nürnberger auch selbst bereit, eine neue soziale Bewegung ins Leben zu rufen und gibt für alle Engagementwilligen seine Internetadresse an: [Christian.Nuernberger@t-online.de](mailto:Christian.Nuernberger@t-online.de).

*Manuel Knoll*

Jan Roß

### **Die neuen Staatsfeinde.**

Was für eine Republik wollen Schröder, Henkel, Westerwelle und Co.?, Frankfurt/Main 2000 (Fischer Tb), 173 S., 18.90 DM.

Das Buch des von der *FAZ* über die *Berliner Zeitung* zur *Zeit* gewanderten Journalisten Jan Roß, erschien erstmals 1998 zur Bundestagswahl und

liegt jetzt aktualisiert und mit Nachwort versehen als Taschenbuchausgabe vor. Roß' Furore machende Streitschrift bietet kein durch theoretische Reflexion und empirische Methoden erstelltes Bild der Gesellschaft, sondern versteht sich als ideologiekritische Auseinandersetzung mit einem medial vermittelten Gesellschaftsbild, wie es sich als neoliberalistisches – oder wie Roß sagt „vulgärliberalistisches“ – ideologisches Konstrukt in dem Münchner Nachrichten-Magazin *Focus* oder in der Propagierung des Primats der Ökonomie der medienwirksamen Meinungsführer Gerhard Schröder, Olaf Henkel und Guido Westerwelle präsentiert. Da es in Roß' Sichtweise jedoch kein gewissermaßen exterritoriales, nicht-ideologisches Korrektiv gibt, hat sein Ansatz mit einer Einbildungen oder verworrene Vorstellungen eines falschen Bewußtseins entlarvenden traditionellen Ideologiekritik nichts zu tun. Den Maßstab der Kritik bildet vielmehr ein eigenes, in der Auseinandersetzung entworfenes ideologisches Konstrukt, nämlich das Postulat eines starken Staates, das Roß als Kern seines „modernen Konservatismus“, dem populistischen Verlangen nach „weniger Staat“, in dem der Autor die Quintessenz des Vulgärliberalismus ausmacht, entgegenstellt. Obwohl Roß bestrebt ist, sein Postulat eines starken Staates mit Versatzstücken der Staatslehren von Machiavelli und Hobbes über Hegel bis Schmitt und Forsthoff zu unterfüttern, ist seine Forderung wohl primär als unmittelbarer Reflex auf den durch die Globalisierung und den entfesselten „Neuen Kapitalismus“ bedingte Bedrohung des Sozialstaats und vor allem traditioneller kultureller Instituti-

onen wie der Familie zu verstehen. Vielleicht aber auch beeinflusst von einer als Folge der Wiedervereinigung aus dem Osten eingeschleppten Disposition zu Obrigkeit und Untertanentum, die in der durch das eher vorherrschende Selbstverständnis einer demokratischen und liberalen Bürgergesellschaft geprägten alten Bundesrepublik – mag dieses auch noch so ökonomisch präformiert sein, wie Roß moniert – weit weniger ausgebildet ist.

Da soziale Ungleichheit und durch die gesellschaftliche Produktionsweise bedingte Herrschaftsverhältnisse für Roß als seit der Zeit der Pharaonen und ihrer Fellachen existierend den Status anthropologischer Konstanten einnehmen, kann das Erbe der christlich-abendländischen Zivilisation, nur ein starker Staat bewahren, um in Hobbes'scher Tradition den Bürger vor dem Bürger zu schützen und Auswüchse zu verhindern. Als Konsequenz seines Ansatzes geht Roß auch mit der Linken scharf ins Gericht, deren – ja citizenhaftes, herrschaftskritisches – Emanzipations- und Selbstbestimmungsbegehren er nur als Teil einer großen Modernisierungskoalition von „Emanzipationsaposteln“ und „marktgläubigen Deregulierern“ bestimmt. Als Repräsentanten der „Emanzipationsapostel“ hat er sich auf den Soziologen Ulrich Beck eingeschossen, der in kritisch-ambivalenter Sichtweise auch emanzipatorisches Potential in neuen Arbeitsverhältnissen und persönlichen Beziehungsverhältnissen aufzuspüren versucht und beispielsweise im Unterschied zu Ross eine Rückkehr zur traditionellen Kleinfamilie und Hausfrauehe ablehnt. Für Ross ist die Linke so vulgo nur der nützliche Idiot für die Durch-

setzung des totalen Marktes und dessen uneingeschränkter Verfügung und Kontrolle des atomisierten bindungslosen Subjekts als reinem Marktsubjekt. Selbstredend sei so auch die (mit der Abschaffung des Kapitalismus einhergehende) Vorstellung vom „Absterben des Staates“ durch den alle Schranken beseitigenden Anti-Etatismus des Kapitals, des „Terrors der Ökonomie“ diskreditiert.

Selbst wenn einer exterritorial zum Kapitalismus stehenden linken gesellschaftlichen Utopie, die ja keineswegs mit einer kapitalistisch entfesselten Moderne identisch wäre, jeglicher Boden entzogen wäre, kann man doch bezweifeln, daß nur noch die Flucht in die Defensive übrig bliebe, und müßte so Jan Ross' Schrift den Anstoß zu einer kritischen Revision des linken Anti-Etatismus bilden, wie dies der linke Autor Robert Misik vorschlägt (TAZ 31.3.1998). Da ist es doch wohl besser, den Rat zu beherzigen, „sich nicht durch die Macht der anderen und durch die eigene Ohnmacht dumm machen zu lassen“ (Adorno).

*Georg Koch*

Richard Sennett

**Der flexible Mensch.** Die Kultur des neuen Kapitalismus, München 2000 (Siedler), Tb., 224 S., 16,- DM.

Obwohl Richard Sennetts 1998 unter dem Originaltitel „The Corrosion of Character“ erschienener Essay sich neben seinen Standardwerken „Verfall und Ende des öffentlichen Lebens – Die Tyrannei der Intimität“ und „Autorität“ eher bescheiden ausnimmt, gilt er als herausragendes Werk der jüngeren sozialwissen-

schaftlichen Literatur. Sennett gelingt es, den Blick von abstrakten Einschätzungen der ambivalenten Folgen der Globalisierung auf deren alltägliche Erfahrung zu lenken und diese gleichzeitig unter einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive zu diskutieren. Dank seiner Methode, partizipierende Beobachtungen und theoretische, sowie begriffsgeschichtliche Reflexionen sich wechselseitig relativieren und ergänzen zu lassen, produziert Sennett als offene Form zwischen wissenschaftlicher und literarischer Darstellung einen ideal geeigneten Text, in Konkretionen des Alltags epochale Themen der Sozialphilosophie und Sozialwissenschaft – Arbeit, Selbstverwirklichung, Identität, Entfremdung, Solidarität – transparent zu machen.

Mit seinem Ansatz, Tendenzen der kapitalistischen Produktionsweise in der Komplexität ihrer Auswirkungen auf die menschliche Subjektivität und als gesamt-kulturelles Phänomen zu bestimmen, kann Sennett auf seine, in der vor einem Vierteljahrhundert durchgeführten Studie „The Hidden Injuries Of Class“, angestellten Beobachtungen über amerikanische Arbeiter zurückgreifen, in der er bereits über klassenspezifische Untersuchungen hinausgehend die persönliche Erfahrung des einzelnen Arbeiters miteinbezog. „Die Mikroerzählungen im Leben von Arbeitern wie Enrico wären Karl Marx auf der großen geschichtlichen Bühne unerheblich vorgekommen, oder er hätte sie lediglich als Anpassung an die Umstände gewertet“.

Bereits Georg Simmel und Max Weber – auf dessen Begriff des Arbeitsethos Sennett ausführlich eingeht – haben Kriterien einer kapitalistisch geprägten Subjektivität und Kultur

herausgearbeitet, wie auch Georg Lukács in seiner Theorie der Verdinglichung, als deren Fortschreibung sich Sennetts Buch hinsichtlich einiger Aspekte lesen ließe. Faßt Lukács ein zentrales Kriterium der Verdinglichung unter dem Begriff der „Veräumlichung der Zeit“ als Bestimmung der durch den Taylorismus geprägten kapitalistischen Produktionsweise, so bildet genau dies den Ausgangspunkt der Überlegungen Sennetts. Aufgrund empirischer Beobachtungen und eines auf Überlegungen Diderots und Smiths zurückgehenden begriffsgeschichtlichen Exkurses über die Ambivalenzen der „Routine“ in der Arbeit kann Sennett aufzeigen, daß die „metrische“ routinegeprägte bürokratische Zeit die Voraussetzung für die Arbeiter bildete, „Macht zurückzugewinnen. ... Die routinegeprägte Zeit war zu einer Arena geworden, in der die Arbeiter ihre Forderungen vertreten konnten“. Sennett erblickt hierin die Grundlage für eine – trotz aller gravierenden Beschränkungen – planbare und kohärente, „erzählbare“ Biographie und die Herausbildung einer Persönlichkeitsstruktur, die er unter dem Begriff des Charakters faßt als „das, was sich im Lauf unserer ganz persönlichen Lebenserfahrungen in unserem Innersten formt: er äussert sich in Werten wie Treue, in gegenseitigem Engagement, im Verfolgen langfristiger Ziele, in der Arbeitsfähigkeit mit Aussicht auf nicht nur kurzfristige, sondern dauerhafte Belohnungen wie die Pensionierung“. Diese Einsicht bildet die Kontrastfolie für Sennett in der Einschätzung der posttayloristischen und postfordistischen „flexiblen“ Produktionsweise des „Neuen Kapitalismus“ und des damit einhergehenden Phänotyps

des „Flexiblen Menschen“. Es geht ihm nicht darum, die vergangene Epoche des Kapitalismus in ihrer klaustrophobischen Enge, die auch vielfältige Formen von Rassismus und Sexismus einschloß, nostalgisch zu verklären, sondern zu untersuchen, welche qualitativ neuen Erfahrungen die flexible Produktionsweise hervorbringt und ob diese mit der propagierten Zunahme an individueller Freiheit und Autonomie übereinstimmen. Die Untersuchung zentraler Kriterien wie „Flexibilität“ als der neuen Strukturierung der Zeit, der „Unlesbarkeit“ neuer Arbeitsformen, der verwirrenden und deprimierenden Folgen des „Risikos“, der Wandel des Arbeitsethos, der Umgang mit dem „Scheitern“, lassen eher den Schluß der Zerstörung von Individualität und einer radikalen Veränderung menschlicher Subjektivität, die Sennett als „Zusammenbruch des Charakters“ umfaßt, zu. Langfristige, kohärente Arbeits- und Lebenserfahrung lösen sich, bedingt durch das von Markttrends abhängige „zeit- und ortlose Driften (Treiben)“ und die Installierung des alltäglichen Risikos aufgrund beruflicher Tätigkeit in einer flüchtigen, provisorischen und vorübergehenden Perspektive, in fragmentierten Erfahrungen auf, an die Stelle des Ziels tritt der permanente Aufbruch. „Die moderne Kultur des Risikos weist die Eigenheit auf, schon das bloße Versäumen des Wechsels als Zeichen des Mißerfolgs zu bewerten, Stabilität erscheint fast als Lähmung. Das Ziel ist weniger wichtig als der Aufbruch. Wer sich nicht bewegt, ist draußen.“ Wie sich Flexibilität, Mobilität, Selbstverantwortung etc. als ideologische Fiktionalisierungen einer permanent bedrohten, dem Risiko des Scheiterns in

Eigenverantwortung überlassenen individuellen Existenz erweisen, so bewirken dezentralisierte und enthierarchisierte Arbeits- und Organisationsformen auf der Grundlage der neuen Technologien („Lean production“, Netzwerke, Teamwork), keineswegs mehr Autonomie, sondern erweisen sich als subtilere Formen von Macht und Kontrolle.

Der Kehrseite des scheinbaren Individualismus, die zwangsläufige Tendenz zur sozialen Isolation in konservativ-reaktionären Gemeinschaftsideologien zu kompensieren, steht Sennett zurecht kritisch gegenüber. Er beharrt auf der Bedeutung des Konflikts, der Differenz und Anerkennung des Anderen als wesentlichem Moment emanzipatorischer Theorie gegenüber allen Gemeinschaftsideologien. Man hat Sennett vorgehalten, daß seine pessimistische Vision sich dem Blick für die Zukunft verweigere. Aber vielleicht bietet gerade die Zuspitzung, die Sennett am Schluß seines Buches angesichts der festgestellten vollkommenen Gleichgültigkeit des modernen Kapitalismus gegenüber dem Menschen die – zumindest moralische – Frage nach der Legitimität des „kapitalistischen Regimes“ als Ganzem stellen läßt, viel eher einen Anstoß für flexible Perspektiven jenseits von Markt- und Machtkonformität.

*Georg Koch*

Wolfgang Streeck (Hg)

**Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie.** Herausforderungen für die Demokratietheorie, Frankfurt/Main 1998 (Campus Verlag), 207 S., 36.- DM.

Die Macht von Politikern und Parlamenten in Nationalstaaten scheint zu schwinden. Zugleich verstärken sich Ansätze, soziale Sicherungssysteme zu demontieren. Das ist nicht nur auf die Globalisierung bzw. auf die von ihr bewirkte Mobilität von Kapital und Unternehmen zurückzuführen, die den Standortwettbewerb ausgelöst hat. Auch und gerade Versuche, darauf politisch zu antworten, indem z. B. die Europäische Union von einem lockeren Wirtschaftsverbund von Nationalstaaten zum supranational geführten Staatenbund/Bundesstaat umfunktioniert wird, wirken in die gleiche Richtung. Warum das so ist, ob und gegebenenfalls wie man dagegensteuern könnte, wird von den Autoren dieses Sammelbandes diskutiert.

Die Einleitung des Herausgebers, die allein ein Viertel des Buches ausmacht, gehört neben dem Beitrag von Claus Offe zu den beiden interessantesten Texten. Streeck beleuchtet, wie Internationalismus, Nationalstaat und Demokratie zur Durchsetzung von Partikularinteressen gegen einander ausgespielt werden (12 ff).

Er führt dabei aus, daß Politiker in Nationalstaaten zur Durchsetzung ihrer politischen Programme den Verweis auf internationale Sachzwänge nutzen. In dem Maße, wie dadurch die demokratische Willensbildung unterlaufen werde, stärke die Internationalisierung den Nationalstaat auf Kosten der Demokratie. Wirtschaftliche Liberalisierung brauche einen starken Staat einerseits nach innen, damit er den Wettbewerb als Ordnungsprinzip durchsetze. Er müsse sich gesellschaftlichen Gruppen verweigern, zu deren Gunsten er früher als Interventions- und Umverteilungsinstanz gewirkt habe. Andererseits könnten starke

seits könnten starke Nationalstaaten die Entstehung eines supranationalen Staates verhindern, der weniger dem Wettbewerb um Kapital ausgesetzt wäre, in dem daher die staatliche Monopolgewalt wiederhergestellt werden könnte. Dadurch wäre wieder Interventionspolitik im Sinne einer Umverteilung durchführbar. Demokratie würde dann nicht nur in ihrer liberalen Variante (Freiheit von staatlichen Eingriffen) buchstabiert, sondern wäre auch als soziale Demokratie (Korrekturen der Folgen des Marktes) möglich. Das sei derzeit auf der Ebene der Nationalstaaten nicht möglich, weil sie eher in Märkte eingebettet seien, als daß das Marktgeschehen in die Politik eingebunden wäre. Deshalb reiche der staatliche Erzwingungsapparat nicht weit genug, um Solidaritätspflichten auch gegenüber mobilen und reichlich mit Ressourcen ausgestatteten Akteuren durchzusetzen. Letztere könnten in andere, entgegenkommendere Staaten ausweichen, was zur Konsequenz habe, daß sich nationalstaatliche Politik darauf beschränke, attraktive Infrastruktur sowie weitere Anreize für Investitionen bereitzustellen.

Eine solche Situation hat Adam Smith, der als einer der Gründerväter der Nationalökonomie betrachtet wird, schon im 18. Jahrhundert gedanklich durchgespielt, erinnert Streeck. Er erwartete den einsetzenden Wettbewerb der *ancient regimes* um die kapitalkräftigen Bürger. Es kam anders: „Daß die im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts entstehenden Nationalstaaten Mittel finden würden, ihre Grenzen zu schließen und sich auf diese Weise gegen Regimewettbewerb zu schützen, hat Smith nicht vorhersehen können — ebensowenig wie die Möglichkeit, daß

das staatliche Eingriffsmonopol nach Übergang der Souveränität von den Fürstenhäusern auf die politisch organisierte besitzlose Mehrheit der Bevölkerung zu deren verteilungspolitischem Instrument werden könnte. Überspitzt könnte man sagen, daß wir erst heute .... wieder in einer Phase angekommen sind, die dem liberalisierenden 18. Jahrhundert Adam Smiths vergleichbar ist“ (34). Diese Ausführungen versteckt der Autor in einer Fußnote. Sie zeigen aber, daß der erst durch eine entsprechende Politik durchgesetzte Neoliberalismus nicht als eine quasi Naturgewalt ohne Alternative zu sehen ist, auch wenn sich seine Protagonisten hinter angeführten Sachzwängen verschanzen. Um fundierter dagegenhalten zu können, müßten verstärkt Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle entwickelt werden, die auch angesichts der Globalisierung den sozialen Ausgleich betonen. Dies um so mehr als durch ein ungebremses Lauflassen neoliberaler Konzepte eine Legitimationskrise der Demokratie bei den Verlierern des Strukturwandels droht, wie auch Streeck festhält. Sonst bliebe nur zuzusehen, wie „der Kreis derjenigen, die darauf bestehen, daß ... der demokratische Staat zur Verhinderung der Spaltung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer in Anspruch genommen werden kann, auf die Anhänger von Le Pen, Frey, Haider oder Buchanan zusammenschrumpft“ (38).

Der Beitrag von *Joshua Cohen* und *Joel Rogers*, der der Frage gewidmet ist, ob eine egalitär-demokratische Politik die Internationalisierung überleben kann, wirkt aber nicht als überzeugendes Beispiel für ein Gegenkonzept zum Neoliberalismus. Ihr Ansatz fußt auf dem Gedanken, daß eine Verlage-

rung der Problemlösung auf näher am Problem angesiedelte lokale Diskussionsarenen bessere Resultate bringt.

Die Autoren konzentrieren sich vor allem auf Aussagen, daß die Teilnehmer an lokalen Diskussionsarenen alles über Probleme erfahren und daher aufrichtig an deren Lösung arbeiten. Das im öffentlichen Leben sowohl bei Politikern als auch bei Interessensvertretern beobachtbare Taktieren und Täuschen scheint in ihrem Lösungsansatz ausgeschlossen. Aber warum das so sein könnte, erfahren die Leser nicht. Daher wirkt der Beitrag eher naiv als kompetent.

Dieser Einschätzung würde der Herausgeber wohl widersprechen. Fr ihn haben, was die Zukunft der sozialen Dimension der Demokratie angehe, Cohen und Rogers einen weitreichenden normativen Anspruch (40). Auch sie verfolgten indes keine Strategie der „Entkommodifizierung“, also einer Herausnahme größerer Teile gesellschaftlicher Arbeit aus dem Markt. Dies sei in der Nachkriegszeit von Sozialdemokraten versucht worden. Bei „Anerkennung wirtschaftlichen Zwanges als charakterbildende Kraft und die durch sie legitimierte Rückkehr der Ökonomie in die Demokratie einer „guten Gesellschaft“...entbehre eine solche Politik jeder selbsttragenden normativen Rechtfertigung (42/43). Sozialpolitik könne nicht der Entkommodifizierung dienen, sondern nur der Verbesserung der Vermarktungschancen der Gesellschaft insgesamt und ihrer Mitglieder (45). Damit dürften Autoren und Herausgeber nicht nur unterschreiben, daß im Mittel-Zweck-Verhältnis der Mensch bzw. seine Arbeitskraft der Wirtschaft zu dienen habe und nicht umgekehrt.

Konsequent wird auch demokratischer Politik eine Steigbügelhalterfunktion zugewiesen: sie darf helfen, „die vom Ethos der Effizienz“ durchtränkte Gesellschaft als solidarische Gemeinschaft zu reproduzieren (46).

Die Schwierigkeiten, die die Integration der EU-Mitgliedstaaten zu einem supranationalen Staatenbund/Bundesstaat begleiten, untersucht *Claus Offe* vor allem mit Blick auf das Demokratiedefizit, das die EU kennzeichnet. Dabei führt er eine Unterscheidung von negativer und positiver Integration ein. „Dabei wird unter negativer Integration die durch Entscheidungen der Kommission und gegebenenfalls des Europäischen Gerichtshofes sanktionierte Beseitigung tarifärer und anderer Hemmnisse für Handel und Faktormobilität verstanden, während positive Integration für die Entstehung eines einheitlichen Systems der Regulierung von Wirtschafts-, Handels- und Sozialbeziehungen steht.“ (109). „Im Fall der rein negativen Integration steht der im weitesten Sinne sozialstaatliche Schutz auf dem Spiel, den die Nationalstaaten ihren Bürgern mit den Mitteln einer autonomen Arbeitsmarkt-, Sozial-, Geld- und Wirtschaftspolitik zu bieten in der Lage waren. Im Fall einer rein positiven Integration bleibt die demokratische Legitimation auf der Strecke, für die es nur in den Nationalstaaten eingespielte Mechanismen gibt, die aber auf europäische Ebene ... auf lange Sicht fehlen werden... Meine These ist, daß jede Zwischenlösung, die zwischen diesen beiden Extrempolen intakter nationalstaatlicher Souveränität einerseits und einer komplettierten europäischen Supranationalität .... andererseits gefunden wird, zwangsläufig beide

beide Bezugswerte verletzt, den des wohlfahrtsstaatlichen Schutzes ebenso wie den der demokratischen Legitimation.“ (110 f) Fortschritte auf dem Weg zu einer europäischen Willens- und Wirkungseinheit werde es nur geben, wenn diese sich auf normativ überzeugende Gründe für die politische Integration stützen könnten. Deshalb sei zu prüfen, ob es europaweit potentiell verbindliche soziale Normen gebe (119). Es sei bereits von anderen Autoren gezeigt worden, daß „Europa“ kein Begriff mit zureichenden eigenen Bestimmungen und praktisch konvergenten Handlungsorientierungen sei, sondern ein „Gegenbegriff“... gegen den asiatisch-sowjetischen „Osten“, den kolonisierten „Süden“ und den angelsächsischen „Westen“ (120). Die europapolitischen Eliten seien deshalb nachdrücklich bemüht, die ökonomischen Interessen an der Realisierung des Binnenmarktes und seiner Regulierung mit einem Unterfutter symbolisch-expressiver und moralischer Prinzipien einer europäischen Identität auszustatten. Die Prüfung der normativen Argumentation, mit der die politische Union Europas begründet werden solle, zeige indes nicht durchweg negative, aber doch ambivalente Ergebnisse. Je spürbarer negative Auswirkungen der Integration würden, desto größer werde der Bedarf an verpflichtend wirkenden Argumenten für die Integration (131). Einige der Beiträge des Sammelbandes sind sehr informativ und interessant. Etwa ein Drittel der Texte ist aber eher unbefriedigend. Sie wirken wie eine Ausschnittsammlung von Zeitungsartikeln der vergangenen Jahre zur Globalisierung, an die ein paar Zeilen theoretische Diskussion angeklebt worden sind.

Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik

### **Globalisierung und Widerstand,**

Nr. 38, Zürich 2000 21.- SFr.

Entgegen den Beschwörungsformeln dekonstruierender Schamanen und den Darlegungen ihrer eigenen Public-Relations-Abteilungen sind die eifrigsten Anarchisten, die pedantischsten Gleichmacher, die entschlossensten Enteigner die permanentesten Revolutionäre und die unerbittlichsten Kreuzritter wider das Staatswesen heutzutage die Kapitalisten in Gestalt der transnationalen Konzerne selbst. Dementsprechend fällt dieses Mal die staatliche Zähmung der Akkumulationsmonster den Linken zu (also jenen, die momentan ohnehin nicht viel zu sagen haben), wobei erst einmal ge- und erklärt werden muß, wie diese Situation überhaupt entstehen konnte und welche Auswirkungen sich dabei für die Gesellschaft ergeben.

Diese Aufgabe stellt sich die Züricher Halbjahreszeitschrift „Widerspruch“ und löst sie in stets schlüssiger und erfreulich verständlicher Weise. Sie beginnt dem Beitrag des Berliner Sozial- und Politikwissenschaftler *Christoph Scherrer* über die Außen- und Freihandelspolitik der USA als hegemoniales Projekt. Dabei wird mit einem neogramscianischen Ansatz der Versuch gemacht, diese als Projekt einer internationalen Kapitalfraktion der USA zu erklären, welche reichlich über die Ressource Geld verfügt und die Fähigkeit besitzt, „die jeweils partikularen Interessen zu universalisieren“ (6). Die (vermeintlichen) Diskontinuitäten der Außenhandelspoli-



tik der Vereinigten Staaten interpretiert Scherrer als Resultate einer strategischen Unterstützung jener Politiker, Parteien und Wissenschaftler, die – von den privaten Medien gegebenenfalls eifrig unterstützt – zur rechten Zeit genau mit jenen Projekten aufwarten, die die Dynamik der Wirtschaft im Sinne dieser freihandelsorientierten Eliten weiter zu fördern im Stande waren bzw. falls nicht, sich bereit fanden, ihre Politik entgegen ihren Wahlversprechungen nachträglich diesem Unterfangen anzupassen. Mit dieser Politik seien verschiedene Ziele verfolgt worden: Diente die amerikanische Freihandelspolitik zu Zeiten des Kalten Krieges der Stärkung der Bündnispartner gegen die Sowjetunion, so wird der Weltmarkt seit dem Fall des Ostblocks vor allem dazu eingesetzt, die Ansprüche der Lohnabhängigen und anderer gesellschaftlicher Gruppen möglichst niedrig zu halten.

Mit den Umbrüchen eines vormals an der Warenproduktion orientierten zu einem den Shareholdern verpflichteten Kapitalismus und den sich daraus ergebenden sozialen Konsequenzen beschäftigt sich der Beitrag des Wirtschaftsjournalisten *Joaachim Bischoff*. Er verortet den Grund für die Zunahme gesellschaftlicher Disparitäten in erster Linie nicht, wie üblich, in der Konkurrenz mit Billiglohnländern, sondern in der neuen Rolle, die die Finanzmärkte einnehmen. Diese sei durch eine doppelte Entwicklung gekennzeichnet: durch die aparte Machtstellung der Vermögensbesitzer einerseits, die über Investmentfonds und Aktionärsversammlungen direkt Einfluß auf die Politik der Unternehmen nehmen können, und durch die Tendenz des Kapitals andererseits, die erwirtschafteten Profite statt

in realökonomische Projekte am Kapitalmarkt anzulegen und damit letztlich die gesellschaftliche Wertschöpfung zu erodieren. Somit bestimme der Zwang zur Steigerung der Rendite des Eigenkapitals und der Aktienkurse immer mehr die Unternehmenspolitik. Diese Tendenz des Kapitals zur Spekulation auf den Finanzmärkten verschärft wiederum die sozialen Asymmetrien. Zusätzlich greift das Prinzip der Deregulierung nicht nur auf den Finanzmarkt, die Unternehmen und die öffentlichen Sektoren zu, sondern prägt auch die sozialstaatlichen Segmente, die mehr und mehr nach dem Vorbild der kapitalistischen Akkumulationslogik organisiert werden. – As Maßnahme der Reregulierung dieser Prozesse plädiert *François Chesnais* für die Einführung der Tobin-Tax, der Besteuerung von Devisentransaktionen, zeigt aber gleichzeitig auch deren Grenzen auf, die darin liegen, daß der liberalisierte Devisenhandel nur einen untergeordneten Bestandteil des globalen Finanzkapitals darstellt.

*Brigitte Young* diagnostiziert in ihrem Artikel „Die Herrin und die Magd“ eine mit den die Globalisierung begleitenden Migrations-, Privatisierungs-, Deregulierungs-, Flexibilisierungs- und Liberalisierungstendenzen einhergehende Intensivierung der Konflikte zwischen den verschiedenen Klassen, Geschlechtern und Ethnien und stellt fest: „Die zunehmende Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen innerhalb der gleichen Klasse und gleicher ethnischer Zugehörigkeit hat gleichzeitig zu mehr Ungleichheit zwischen Frauen unterschiedlicher Klassen und Ethnien geführt.“ (57)

Den Zusammenhang zwischen Globalisierung, Standortnationalismus

und Sozialstaat bzw. die im Bewußtsein der Öffentlichkeit fatale „Gleichsetzung von Denationalisierungsercheinungen in der Ökonomie mit bestimmten gesellschaftspolitischen Grundsatzentscheidungen wie sie das neoliberale Wettbewerbsmodell fordert“ – wobei vergessen wird, daß „die Globalisierung selbst auch ein Ergebnis autonomer nationaler Politik war und ist“ (71) – schildert der Kölner Politökonom *Christoph Butterwegge* in seiner Abhandlung. „Aus der neoliberalen Wirtschaftstheorie, die durch Steuerleichterungen bessere Verwertungsbedingungen für das Kapital schaffen möchte, entwickelt sich eine Sozialphilosophie, welche die ganze Gesellschaft nach dem Modell der Leistungskonkurrenz (um)gestalten will, wobei ihr der Wettbewerb zwischen Menschen, Unternehmen, Regionen und Nationen, kurzum: Wirtschaftsstandorten unterschiedlicher Größe, zum Wundermittel für die Lösung aller sozialen Probleme gerät“ (72). Die soziale Ungleichheit wird zum „Motor individueller Leistungsbereitschaft instrumentalisiert und soziale Auslese“ betrieben (73). Die damit einherge-

hende Privatisierung, Deregulierung und Flexibilisierung schafft nun aber den Nährboden für Entsolidarisierungstendenzen innerhalb der Bevölkerung, die sich rechtspopulistische oder -extreme Politikern eigen machen können. „Neuer Sozialdarwinismus, Standortnationalismus und Wohlstandschauvinismus gehören zu den negativsten Begleiterscheinungen eines Denkens, das sich mit dem „eigenen“ Wirtschaftsstandort identifiziert und dessen Schicksal auf den Weltmärkten geradezu hypostasiert.“ (76) Somit werde die geistige Basis für den Neofaschismus, die Tendenz zur Naturalisierung der sozialökonomischen Unterschiede auf biologischer Ebene, sowohl auf Seiten der Privilegierten als auch auf der vom Abstieg bedrohten Schichten, aufrechterhalten.

Eine ausführliche und zum Teil auch kontroverse Debatte über die Strategien von NGO's in der internationalen Schuldenkampagne Jubilee 2000 sowie Besprechungen von Publikationen zum Thema schließen die rundherum erfreuliche Lektüre des Heftes ab.

*Reinhard Jellen*



# WIDER|SPRUCH

In: Widerspruch Nr. 36 Perspektiven postnationaler Demokratie  
(2001), S. 56-89  
Bücher zum Thema  
Rezensionen